ROBIN WOOD

magazin

MÜLL TO GO

ZWEIEINHALB MAL ZUM MOND

back WEF

ENDE GELÄNDE 2016

LUNALINER

KREBSGEFAHR GLYPHOSAT





tatorte 🍣

- 6 Lausitz: Ende Gelände 2016
- 7 Hamburg: Der Atomlobby auf's Dach gestiegen
- 7 Berlin: Stoppt das Nachtzug-Aus!
- 8 Berlin: coal & boat
- 8 Hamburg, Köln: Sternradeln
- 9 Kampagnentreffen in Tangersdorf: Industrielle Tierproduktion



Freibrief für indonesisches Tropenholz: ROBIN WOOD 10 warnt VerbraucherInnen vor "legalem" Tropenholz



wald

Wald wegwerfen? ROBIN WOOD Kampagne: 12 Rächer der Becher – Wegwerfbecher stoppen!







- 18 Mobilität dekarbonisieren
- 20 Nachtzüge für Europa
- 21 Ausgeflogen. Petition: Nein zum Ausbau des Flugverkehrs
- 22 Kostenloser Nahverkehr Ein Ausweg aus der Autostadt?

inhalt (





energie 🤏

- 24 Ende Gelände 2016
- 26 Debattenbeitrag: Interventionistische Linke, Klima AG
- 28 Interview mit ROBIN WOOD-AktivistInnen: Klimagerechtigkeit kommt von unten
- 31 Debattenreihe Climate Justice how? Denn sie wissen nicht, was sie tun



Glyphosat: Ein gesundheitspolitischer Skandal 34



Aquaponic: Tomate plus Fisch = Tomatenfisch 36





internes 🚱

- 38 Tagungsband "Konzern. Macht. Protest.
- 40 Schutz für den Great Bear Rainforest?
- 41 Impressum
- 42 Ihre Antworten: Ergebnisse unserer aktuellen Umfrage





Rächerinnen der Becher: Statt im Wegwerfbecher und To-Go zieht die Redaktion den Genuss von Kaffee und Tee aus dem Porzellanbecher vor

Liebe Leserinnen und Leser!

Zweieinhalb Mal bis zum Mond beträgt die unglaubliche Strecke, wenn alle Wegwerfbecher, die wir in Deutschland jährlich verwenden, aufeinander gestapelt würden. Gegen diese wahnsinnige Verschwendung hat ROBIN WOOD die Kampagne Rächer der Becher – Wegwerfbecher stoppen! gestartet. Im Juli protestierte ROBIN WOOD mit einer ersten Aktion vor der Bäckereikette Backwerk. Das Unternehmen setzt ausschließlich auf Wegwerfprodukte aus Papier und Plastik und ist damit einer der größten Ressourcenverschwender unter den Bäckerei-Ketten. Selbst Kundlnnen, die in den Geschäften ihren Kaffee trinken, bekommen nur Wegwerfbecher. ROBIN WOOD fordert die Backwerk-Geschäftsführung auf, die Verschwendung zu stoppen und ein Pfandsystem für Mehrwegbecher einzuführen.

Wir möchten den Druck durch einen Onlineprotest erhöhen: www.robinwood.de/wegwerfbecher-stoppen. Machen Sie bitte mit! Ab Seite 12 dieser Ausgabe finden Sie alle Ergebnisse der ausführlichen Recherche zu Wegwerfbechern von unserem Waldreferenten Jannis Pfendtner.

Pfingsten riefen AktivistInnen zum Protest gegen die klimaschädliche Kohle mit der Aktion **Ende Gelände** in der Lausitz auf. Die Formen des Widerstands wurden dabei diskutiert. Einen Beitrag zu dieser Debatte finden Sie ab Seite 26. Unumstritten ist hingegen das Ziel: Aus der Nutzung des Klimakillers Kohle muss umgehend ausgestiegen werden, damit beispielsweise die

Ziele der Klimakonferenz in Paris im Herbst 2015 erreicht werden können. Mehr dazu lesen Sie in dieser Ausgabe ab Seite 31. Auf den Seiten 28 bis 30 erfahren Sie in einem Interview, warum AktivistInnen sich bei ROBIN WOOD engagieren.

Den Schienenverkehr zu stärken, wäre eine Maßnahme für wirksamen Klimaschutz. Die Deutsche Bahn AG geht aber andere Wege und plant ab Dezember 2016 die letzten Nachtzug-Verbindungen zu streichen. Dagegen protestiert ROBIN WOOD entschieden! Diesem Magazin liegt eine Ausgabe des Luna-Liners bei, in dem Verkehrs- und Fahrplan-ExpertInnen gemeinsam mit Gewerkschaften, VerbraucherInnenverbänden und Umweltorganisationen ihre Ideen für ein gelungenes europäisches Nachtzugnetz präsentieren. Bitte bestellen Sie bei ROBIN WOOD Exemplare des LunaLiners zum Auslegen und Verteilen: info@robinwood.de, Tel.: 040 380892-0, Fax: -14.

Herzlichen Dank für Ihre Unterstützung! Bleiben Sie aktiv!

Umweltfreundliche Grüße von Ihrer Magazin-Redaktion Ihre

Christiani Weitrel



Lausitz, Pfingsten 2016: Protestaktion über den Gleisen der Versorgungsbahn zum Kraftwerk "Schwarze Pumpe" gegen die umwelt- und klimaschädliche Kohle



Ende Gelände in der Lausitz

Pfingsten 2016: Mitte Mai dieses Jahres stand die Lausitz im Zeichen des Protests gegen die Braunkohle. Im Rahmen der Kampagne "Ende Gelände" setzten sich zahlreiche Einzelpersonen gemeinsam mit lokalen, nationalen und internationalen Gruppen und Organisationen gegen die Verkohlung der Lausitz ein. An den Aktionstagen beteiligten sich auch Aktive von ROBIN WOOD auf vielfältige Art und Weise. Sie bewiesen dabei eindrucksvoll, dass der Kauf der Lausitzer Braunkohlesparte für Vattenfalls Nachfolger mit einem erheblichen Investitionsrisiko verbunden ist.

Bereits zur Jahreshauptversammlung des schwedischen Staatskonzerns am 16. April erzielte ROBIN WOOD in Stockholm mit einer spektakulären Kletteraktion breite mediale Aufmerksamkeit. Prominent auf der Tagesordnung stand damit die Verantwortung der schwedischen Politik für den globalen Klimaschutz und den Kohleausstieg in der Lausitz. Der Strategie der rot-grünen Regierung Schwedens, dem Verkauf der Lausitz unauffällig zuzustimmen, wurde so ein dicker Strich durch die Rechnung gemacht. Auch wenn die schwedische Regierung den Verkauf der Lausitzer Kohle an den tschechischen Energiekonzern EPH zwischenzeitlich genehmigt hat, konnte die Debatte um den Ausstieg aus der Kohlekraft mit der Aktion befeuert werden.

Bei "Ende Gelände" beteiligten sich ROBIN WOOD-Aktive an den zahlreichen Demonstrationen und nutzten dabei auch kreative Aktionsformen. So gab es zwei Protestaktionen auf den Gleisen der Versorgungsbahn zum Kraftwerk "Schwarze Pumpe". Aktive von ROBIN WOOD und aus dem lokalen Braunkohle-Widerstand protestierten mit einer Beton-Pyramide dort rund 24 Stunden. Gleich mehrere Gleise konnten mit einer Abseil-Aktion von einer Brücke für circa 30 Stunden "stillgelegt" werden. Ein Räumungsversuch der Polizei scheiterte, die Aktiven beendeten ihre Aktion freiwillig.

Bilder dieser Aktionen und von "Ende Gelände" gingen um die Welt. Sie zeigen, wie friedlich, kreativ, aber auch entschlossen und wirksam die Klimabewegung ist. Die Leistung des Kohlekraftwerks fuhr Vattenfall während der Blockaden auf 20 Prozent herunter. Symbolisch konnte so die klimapolitisch irrsinnige Energieproduktion mit Kohle und die damit verbundene verbrecherische Umweltzerstörung unterbrochen werden.

Die Proteste zeigen: Kohleausstieg von unten ist möglich. Ein voller Erfolg für die gesamte Klimabewegung.

Christoph Podstawa





Der Atomlobby auf's Dach gestiegen

Hamburg, 10. Mai 2016: Die BesucherInnen der Jahrestagung des Deutschen Atomforums wurden an diesem Tag in Hamburg mit Protestbotschaften empfangen. Zwei ROBIN WOOD-KletterInnen seilten sich vom Dach des Tagungszentrums ab, entrollten an der Fassade Banner mit einem Atom-Totenkopf und dem Slogan "Urantransporte stoppen! Sofort!". Die AktivistInnen forderten die sofortige Stilllegung aller Atomanlagen, den Stopp sämtlicher Atomtransporte, die vollständige Kostenübernahme der Energiekonzerne für die Abwicklung der Atomindustrie und die Aufklärung von Verstrickungen zwischen Politik und Atom-Lobby.

Allein über den Hamburger Hafen fuhren 2015 mindestens 160 Transporte mit radioaktiven Uranverbindungen. Das Uran wird in den Atomfabriken in Gronau (NRW) und in Lingen (Niedersachsen) angereichert und zu Brennelementen verarbeitet. Beide Anlagen haben eine unbefristete Betriebserlaubnis und versorgen marode Atommeiler in aller Welt mit Brennstoff – auch die Risse-Reaktoren in Belgien. Uranabbau führt zu irreparabler Umweltzerstörung und schweren Menschen-

rechtsverletzungen. Ein wichtiger Player in diesem schmutzigen Geschäft ist der französische Staatskonzern AREVA – der "Goldsponsor" der diesjährigen Atomlobby-Tagung. Die bittere Ironie dabei: AREVA ist pleite. Im Endeffekt wird die Gesellschaft für diese Veranstaltung aufkommen müssen, obwohl die Mehrheit sowohl die überzogenen Gehälter eines inkompetenten Managements als auch die Kostenübernahme für die Atomindustrie ablehnt.

Jahrzehntelang haben die Atomkonzerne gut am Atomgeschäft verdient und sich der Energiewende verweigert. Jetzt wollen sie einen Großteil der Kosten für den Rückbau der Atommeiler und die Lagerung des Mülls der Allgemeinheit aufbürden. Die sogenannte Atomkommission empfiehlt, es den Energiekonzernen hierzulande zu erlauben, sich für rund 23 Milliarden Euro aus der Verantwortung zu kaufen.

Die erfolgreiche Aktion verlief entspannt und wurde nach circa drei Stunden beendet.

Das Eichhörnchen

STOPPT das Nachtzug-AUS!

Berlin, 31. Mai 2016: Das Bündnis "Bahn für Alle" präsentierte auf einer Pressekonferenz das innovative Nachtzugnetz "Luna-Liner" und das Sonderheft "STOPPT das Nachtzug-AUS!". Zuvor übergaben Aktive des Netzwerkes, "Back on Track", dem Vorsitzenden des Ausschusses für Verkehr des Deutschen Bundestages, Martin Burkert (SPD) 28.882 Unterschriften für den Erhalt der Nachtzüge.

Die Deutsche Bahn AG hält an ihrem Beschluss fest, im Dezember die letzten Nachtzüge zu streichen. Das hatte DB-Vorstandsmitglied Ronald Pofalla im Sonderzug der DB zum Klimagipfel nach Paris erklärt. Dagegen gibt es vielstimmigen Widerspruch in Deutschland und Europa aus den Parlamenten,

aus den Gewerkschaften, von Fahrgast- und Verbraucherverbänden, Umwelt- und KlimaschützerInnen (Lesen Sie mehr auf Seite 20).





coal & boat

Berlin, 10. Juli 2016: Die Idee kam in Hamburg gut an und begeisterte jetzt auch in der Hauptstadt: auf dem Wasser gegen Kohlekraft von Vattenfall zu demonstrieren. Kohleausstieg Berlin organisierte eine Bootstour gegen das Vattenfall-Kraftwerk Klingenberg am Sonntag in der Rummelsburger Bucht in Berlin. Auch ROBIN WOOD-AktivistInnen schipperten auf dem Schiff Anarche mit und ließen ein großes Banner steigen: "Stop, Kohle killt Klima".

Die coal&boat-Tour richtete sich gegen das im Osten Berlins gelegene Kraftwerk Klingenberg, das noch auf Jahre mit extrem klimaschädlicher Braunkohle aus der Lausitz beheizt werden soll. Dabei hatten Vattenfall und Berliner Senat vereinbart, dass das Kraftwerk bis 2016 zu einem Gas- und Dampfkraftwerk umgebaut wird. Gehalten haben sie sich an ihre Klimavereinbarung nicht – sondern eine neue geschrieben, die vorsieht, dass bis 2020 Kohle und Klima verheizt werden. ROBIN WOOD-Aktive hatten im vergangenen Jahr einen Hafenkran besetzt, um gegen Kohle aus der Lausitz für Klingenberg zu demonstrieren und sagten jetzt zusammen mit Kohleausstieg Berlin: "Wir lassen uns von Vattenfall nicht verkohlen!"



Sternradeln für's gute Leben in der Stadt

Hamburg, Köln, 19. Juni 2016: Über die Hamburger Köhlbrandbrücke und durch den Kölner Rheinufertunnel rollten Mitte Juni Tausende Räder und kein einziger Auspuff war dabei. Seit 1995 in Hamburg und zum neunten Mal in Köln demonstrierten RadfahrerInnen mit großen Sternfahrten am "Mobil ohne Auto"-Sonntag für klimafreundliche Mobilität ohne Lärm und Gestank. Mehr als 20.000 FahrradfahrerInnen waren bei der Hamburger Sternfahrt für eine bessere Fahrradmobilität auf der Straße unterwegs, in Köln waren es ca. 2000 RadlerInnen. Weniger Autoverkehr und mehr Radverkehr bedeuten weniger Feinstaub und mehr Klimaschutz in der Stadt. Die Sternfahrt in Köln stand dieses Jahr unter dem Motto "Straße frei fürs Rad!".

Industrielle Tierproduktion bedroht Mensch und Natur weltweit

Tangersdorf, Juni 2016: Bei ROBIN WOOD ist es Tradition, dass die FachreferentInnen die Kampagnen gemeinsam mit den Ehrenamtlichen erarbeiten. So luden unsere neuen Referenten für Wald- und Tropenwald zu einem gemeinsamen Strategietreffen in die waldreiche Uckermärkische Seenlandschaft. Im Vorfeld hatten einige Ehrenamtliche geäußert, dass sie gerne zum Thema Massentierhaltung arbeiten wollten. Ein Thema, das eng mit Wald- und Tropenwaldschutz verzahnt ist. Das Treffen geriet quasi zu einem Generationentreffen: Haupt- und Ehrenamtliche, die schon mehr als 20 Jahre bei ROBIN WOOD aktiv sind und junge Ehrenamtliche wie Fachreferenten kamen zusammen. Auch unser frisch pensionierter Waldreferent Rudolf Fenner ließ es sich nicht nehmen, seine wertvolle Expertise einzubringen. Trotz unterschiedlicher persönlicher Positionen – auch bei ROBIN WOOD sind Fleischesser ebenso vertreten wie Veganer - konnten wir uns gut auf ein zentrales Thema und wichtige Botschaften einigen. Das lag nicht zuletzt an der guten und kreativen Moderation des Treffens durch unsere Fachreferenten Jannis Pfendtner und Sven Selbert.



Selbige hatten wichtige Fakten recherchiert und für uns aufbereitet. Die Massentierhaltung bedroht durch den Anbau von Futtermitteln wie Soja und Palmöl tropische Ökosysteme. Ein Thema, das ROBIN WOOD immer wieder aufgegriffen hat. Ziemlich bald kristallisierte sich bei dem Treffen aber heraus, dass wir uns für eine Kampagne auf den Aspekt Gülle und deren schädliche Wirkung auf den Wald und andere Ökosysteme konzentrieren wollen. Auch das ist ein Thema, zu dem ROBIN WOOD in den letzten Jahrzehnten schon zahlreiche Aktionen gemacht hat. Anfangs stand zwar der Autoverkehr als Verursacher des Sauren Regens im Fokus, aber das hat sich im Laufe der Zeit geändert. Als wissenschaftlich belegt war, dass der überwiegende Teil der Stickstoffeinträge in den Waldboden aus der Landwirtschaft stammt, hat ROBIN WOOD noch vor allen anderen Umweltverbänden diese Erkenntnis in die Öffentlichkeit getragen. Eines hat jetzt aber auch die "alten Hasen" überrascht: Stickstoff ist die zweitgrößte Umweltbedrohung der Welt – nach dem Artensterben und noch vor dem Klimawandel! Das belegt eine 2015 aktualisierte Studie des Stockholmer Resilience Center. Die WissenschaftlerInnen berechneten, dass die Erde nur 35 Millionen Tonnen Stickstoff pro Jahr aufnehmen kann. Es werden aber 120 Millionen Tonnen jährlich in Umlauf gebracht.

Während sich das Wissen um die schädigende Wirkung des Stickstoffs auf den Wald bereits lange in unser Hirn eingebrannt hat, machte uns die erneute Beschäftigung mit dem Thema bewusst, dass Stickstoffeintrag auch eine immense Bedrohung für nährstoffarme Ökosysteme wie Trockenrasen und Moore bedeutet. Das wurde auch deutlich bei einer Exkursion nach Haßleben, wo ein niederländischer Investor eine 1991 stillgelegten DDR-Mastanlage mit 80.000 Schweinen



Kampagnen planen und intensiv debattieren beim Strategietreffen in der Uckermark

wieder in Betrieb nehmen möchte. 36.000 Schweine wurden ihm kürzlich genehmigt, obwohl Haßleben heute zwischen dem Biosphärenreservat Schorfheide-Chorin und dem Naturpark Uckermärkische Seen liegt. Viele in der Bevölkerung sind froh, dass die Nitratbelastung der Seen seit den 90er Jahren deutlich zurückgegangen ist, denn die regenerierten Seen sind eine wichtige Grundlage dafür, dass sich die strukturschwache Region zu einem Tourismusgebiet entwickeln konnte.



Auch die Aspekte der menschlichen Gesundheit rückten bei dem Treffen in unser Blickfeld. Stickstoff schädigt die Atemwege, weil er in Verbindung mit Feinstaub die Luft belastet und die Bildung bodennahen Ozons fördert. Dass der Umgang mit Gülle aktuell politisch brisant ist, wird daran deutlich, dass seit drei Jahren gegen Deutschland ein EU-Vertragsverletzungsverfahren läuft, weil seit Jahrzehnten die EU-Grenzwerte für Nitrat im Grundwasser überschritten werden. Eine Klage kann Deutschland nur noch abwenden, wenn die vorgelegte Novelle des Düngerechts von der EU akzeptiert wird.

Welche Aspekte wir in einer Kampagne vermitteln wollen, ob wir einen kompletten Ausstieg aus der Tierproduktion fordern werden, wer unsere Adressaten sind und wie genau unsere Aktivitäten aussehen werden, besprechen wir zeitnah auf einem nächsten Treffen. Unser Kernbotschaft ist jedenfalls klar: Schluss mit der Massentierhaltung!

> Annette Littmeier, Berlin, ROBIN WOOD-Fachgruppe Wald und Magazin-Redaktion



Fortschritt in Gefahr: Erst jahrelanges Engagement brachte die Sensibilität für Tropenholz (ROBIN WOOD-Aktion in Köln, 1998)

Freibrief für indonesisches Tropenholz

ROBIN WOOD warnt VerbraucherInnen vor "legalen" Tropenholzprodukten

Ausgerechnet die EU könnte dem Handel mit Tropenholzprodukten als wichtiger Türöffner dienen, und zwar weil sie ein Freihandelsabkommen mit Indonesien anstrebt. Neben dem offiziellen Start der Verhandlungen zu CEPA (Comprehensive Economic Partnership Agreement) wurde im April 2016 bei einem Treffen des indonesischen Präsidenten Widodo

mit EU-Kommisionspräsident Juncker bestätigt, dass Indonesien alle Bedingungen des EU-Aktionsplans FLEGT (Forest Law Enforcement Governance and Trade) gegen illegalen Holzeinschlag erfüllt. Im August treten somit die Lizenzen des freiwilligen Partnerschaftshandelsabkommens (FLEGT-VPA) in Kraft. Es brauchte jahrelange engagierte Aufklärungs- und

Kampagnenarbeit von ROBIN WOOD und anderen Umweltverbänden, um den Kauf von Tropenholz für weite Teile der Gesellschaft unattraktiv zu machen. Spätestens zum Weihnachtsgeschäft 2016 wird nun indonesisches VPA-Tropenholz verstärkt in den europäischen Markt drängen und deutschen VerbraucherInnen ein Wiedersehen mit Mahagoni und Teak bescheren.



Nachdem Indonesien ein "Legalitätssicherungssystem" gemäß der FLEGT-Bedingungen etablierte, wurde der Import dieses Holzes von der EU bereits ab 2014 im kleinen Rahmen akzeptiert. Indonesien schuf hierfür das "V-Indonesian Legal Wood"-Siegel. Die Überprüfung und Befragung einiger Gartenmöbelhändler durch ROBIN WOOD ergaben: Das Siegel ist dabei, das Nischendasein zu verlassen. Mahagoni- und Teakprodukte wurden 2016 verstärkt mit dem neuen Zeichen beworben. Begleitet wurde dies mit der Behauptung, das Siegel würde "zum Schutz der Regenwälder beitragen". Dem widerspricht ROBIN WOOD vehement

Eine von ROBIN WOOD an Mahagoni-Strandkörben durchgeführte Stichprobenanalyse zeigte zwar, dass es sich bei dem beworbenen Holz tatsächlich um Mahagoni aus Plantagenwirtschaft handelte. Aber Plantagen sind keine Tropenwälder, sondern biodiversitätsarme Monokulturen. Der Einsatz von Pestiziden und Dünger gehören dort zur Alltagspraxis.

ROBIN WOOD sieht außerdem die Gefahr, dass im Windschatten des legalisierten Handels mit Plantagenholz auch illegales Urwaldholz gefährdeter Arten wieder leichter auf den Markt gelangen kann. Und selbst wenn alle Zertifikate echt wären: es gibt einen gravierenden Unterschied zwischen legal und nachhaltig. Denn legal im Kontext von FLEGT ist immer das, was im Herkunftsland legal ist. Dort geschieht auch die gesamte Überprüfung der Legalität – einmal in der EU angekommen, überprüfen die staatlichen Kontrollstellen lediglich das Vorhandensein des FLEGT-VPA Dokuments.



Neues Zeichen im Siegel-Dschungel: "V-Legal" hat großes Greenwashing-Potenzial

Eine UN-Studie stellte noch im Jahr 2007 fest, dass ca. 80 Prozent des Holzeinschlags Indonesiens illegal war. Im Juni 2016 behauptete der Vertreter des indonesischen Umwelt- und Forstministeriums auf einer FLEGT-Konferenz, dass mittlerweile 98 Prozent der indonesischen Holzexporte legal zertifiziert seien. Folgt man dieser Logik, wäre das Problem des Holzraubbaus innerhalb eines Jahrzehnts komplett verschwun-

Doch aktuelle Studien beweisen, dass Umweltverbrechen, Korruption und Landnahmekonflikte in Indonesien (Platz 88 von 164 im Korruptionsindex von Transparancy International) nach wie vor grassieren, und die Plantagenindustrie weiterhin der größte Faktor für die voranschreitende Regenwaldvernichtung ist.

Plantagenwirtschaft ist erklärtes Ziel der indonesischen Regierung

Die Ausweitung der Plantagen ist in Indonesien nicht unbedingt illegal, sondern im Gegenteil oft politisch erklärtes Ziel. Die Industrie, die den Raubbau am Tropenwald betreibt, wurde also innerhalb des letzten Jahrzehnts größtenteils legalisiert, zertifiziert – und wird jetzt belohnt mit dem Zugang zum europäischen Markt.

Dass die FLEGT-Genehmigung nur wenige Monate nach den gravierendsten illegalen Waldbrandstiftungen 2015 erfolgt, ist ein Indikator für das Ausmaß des Kuhhandels, den die EU bereit ist. für das Freihandelsabkommen CEPA auf Kosten von Umwelt. Klimaschutz und Menschenrechten einzugehen. FLEGT ist als Waldschutzpolitik gestartet, entwickelt sich aber derzeit zu einer realen Gefahr für tropische Wälder, weil die EU trotz offensichtlicher Nichteinhaltung von Grundsätzen vorgibt, mittels FLEGT Korruption zu bekämpfen und Rechtsstaatlichkeit zu fördern.

Die nächsten Anwärter für FLEGT heißen: Ghana (Platz 56 im Korruptionsindex), Liberia (83), Kamerun (130), Zentralafrikanische Republik (145) und Republik Kongo (146).

Ein zusätzliches Argument gegen grüngewaschenes Plantagen-Tropenholz kommt von ganz anderer Seite – den

Ansprüchen an die Qualität. Während Mahagoni- und Teakholz aus Naturwäldern aufgrund einer hohen Dichte und vieler sekundärer Holzinhaltsstoffe eine sehr hohe Witterungsresistenz aufweist, ist dies beim schnellwüchsigen Plantagenholz nicht gegeben.

Der Holzexperte Gerald Koch vom Thünen-Institut erklärt: "Echtes Mahagoni von alten Bäumen aus Naturstandorten in den Neotropen hat eine hohe natürliche Dauerhaftigkeit und sehr gute Dimensionsstabilität. Untersuchungen der Holzeigenschaften haben deutlich gezeigt, dass die schnellwüchsigen Plantagenhölzer (Alter der geernteten Bäume zumeist unter 20 Jahre) diese Eigenschaften so nicht besitzen. Dieses junge Holz bildet auch nicht die für Mahagoni charakteristische rotbraune Farbe des Kernholzes aus". KäuferInnen eines mit dem V-Legal-Zeichen als nachhaltig und hochwertig beworbenen Teak- oder Mahagoni-Produktes erwerben für sehr viel Geld tatsächlich Holz aus legalisiertem Raubbau in minderer Plantagenholzqualität.

ROBIN WOOD warnt VerbraucherInnen daher dringend davor, zu indonesischen Tropenholzprodukten mit dem V-Legal-Zeichen zu greifen. Heimische Hölzer mit FSC-Siegel sind in punkto Ökologie und Sozialstandards die klar bessere Wahl und können auch qualitativ mithalten.

Sven Selbert, Tropenwald-Referent bei ROBIN WOOD tropenwald@robinwood.de

Gartenmöbelhändler bekamen 2016 Besuch von ROBIN WOOD







In Deutschland werden jährlich 10 Milliarden Becher aus Papier und Plastik produziert – um nach einmaliger Nutzung direkt weggeworfen zu werden. Aufeinander gestapelt würden diese Wegwerfbecher zweieinhalb Mal bis zum Mond reichen. ROBIN WOOD hat Bäckereien, Kaffeehäuser und Fast Food-Ketten nach ihren Strategien gegen diese Müllflut befragt.

Mit dem Aufkommen des Coffee-to-go Ende der 1990er Jahre in Deutschland begann ein scheinbar unaufhaltsamer Trend: Bereits 2000 lag der produzierte Müll durch die Einwegbecher bei knapp 32.000 Tonnen und hat sich bereits bis 2012 auf 106.000 Tonnen mehr als verdreifacht.

Auch in den letzten Jahren hat sich der Trend noch einmal deutlich verstärkt, Kaffee und andere Getränke mit in die U-Bahn, in den Park oder auf die Arbeit zu nehmen. Gleichzeitig werden die Becher größer und schwerer: doppelwandige Becher, Papiermanschetten, Rührstab und Deckel erhöhen die Müllmenge zusätzlich.

Der Aufstieg des Wegwerfbechers

Die Wegwerfbecher werden mit Verweis auf lebensmittelrechtliche Gründe fast komplett aus Primärfasern hergestellt, es wird kaum Altpapier verwendet. Darüber hinaus kann aufgrund der Kunststoffbeschichtung, die eine Aufweichung des Bechers verhindert, nur ein kleiner Teil des Papiers recycelt werden – noch schlimmer für die Umwelt.

Solche Produkte von geringer Nutzungsdauer, mit hohem Energieaufwand produziert, die nicht aus Altpapier hergestellt werden können und nicht recycelbar sind, bedeuten unsinnigste Ressourcennutzung, riesiges Müllaufkommen und Umweltzerstörung mitten in Zeiten des Klimawandels.

Industrielle Waldzerstörung, verlorene Artenvielfalt

Weil die Holznutzung steigt, sinkt die weltweite Waldfläche. Mit dem hohen Holzund Papierkonsum in Deutschland wächst auch die Verantwortung für die intensive Holznutzung in den tropischen Wäldern, aber vor allem in den nordischen und östlichen Wäldern Europas. So kommen nach ROBIN WOOD-Berechnungen 21,6 Prozent des deutschen Papiers und Zellstoffs aus Schweden und 16.4 Prozent aus Finnland. In beiden Ländern verschwinden die letzten Urwälder rasant und eine stark industrialisierte Forstindustrie legt riesige Monokulturen an, um sie nach wenigen Jahrzehnten wieder kahlzuschlagen. Vielleicht noch Verheerenderes passiert u. a. für deutsches Papier in den großen



Robin Wood Rächer der Becher! Waldschutz statt Wegwerfbecher

Eukalyptus-Plantagen in Brasilien, den sogenannten "Grünen Wüsten". Sie liefern mit rund 1,2 Millionen Tonnen den meisten Zellstoff für die deutsche Papierherstellung, gefolgt von Schweden mit 0,6 Millionen Tonnen. Biodiversität, Artenvielfalt und ursprüngliche Wälder sind hier in jedem Fall die Verlierer.

Daher wären Papiersparsamkeit und eine intelligente Nutzung von Holzrohstoffen in Deutschland der erste Schritt, um Wäldern und Landbevölkerung in ande-





Unternehmenstransparenz: Wer hat geantwortet?



Bäckerei	Fast Food	Kaffeehaus	Transport		
Schäfer's	Subway	Starbucks	Deutsche Bahn		
Kamps	McDonald's	Tchibo			
Backwerk	Die befragten Unternehmen sind in Branchen unterteilt dargestellt. Die Farben grün, gelb und rot verweisen darauf, ob und wie sie auf ROBIN WOOD geantwortet haben:				
K&U	Beantwortung anhand der vorgelegten Fragen Nur teilweise und/oder unklare Beantwortung				
Steinecke	Keine Reaktion				

ren Regionen der Erde zu helfen – der Wegwerfbecher steht für das Gegenteil. Der Baum, ein Lebewesen, das natürlicherweise über Jahrhunderte wächst, wird für ein Produkt verschwendet, das im Durchschnitt nach 15 Minuten weggeschmissen wird.

Was macht ROBIN WOOD? Die Rächer der Becher-Kampagne

Mit der "Rächer der Becher"-Kampagne will ROBIN WOOD jetzt auf diese Verschwendung aufmerksam machen. Wir wollen ein sofortiges Ende der Becherverschwendung und fordern intelligente, ressourcenarme Konzepte, wie sie in Zeiten von Klimawandel und Waldzerstörung dringend umgesetzt werden müssen. Wie können Veränderungen be-

wirkt werden – im Konsumverhalten der BürgerInnen, mit der Handlungsmacht der einzelnen Unternehmen, oder durch staatliche Interventionen?

In einem ersten Schritt hat ROBIN WOOD die größten Unternehmen befragt, die Coffee-to-go Becher nutzen. Die großen Kaffeehäuser, Bäckerei- und Fast-Food-Ketten haben jeweils einige hundert Filialen und tragen mit ihren Entscheidungen wesentlich zur Entwicklung des deutschen und der weltweiten Märkte bei. Ihre Unternehmensentscheidungen vergrößern oder verkleinern das Problem und haben Auswirkungen auf die komplette Produktkette: von der Forstwirtschaft, über die Papier- und Zellstoffindustrie bis zum Transport und Handel.

Ohne Tchibo und Starbucks wären Wegwerfbecher wahrscheinlich nie so bedeutend geworden – die beiden Unternehmen begründeten den Trend in Deutschland und verhalfen der Kaffee-Unterwegs-Kultur zu ihrem heutigen Ausmaß. Die beiden Fast-Food-Ketten Subway und McDonalds wiederum stehen mit ihrem ganzen Unternehmenskonzept für die Wegwerfkultur – auch dort gehen tausende Papierbecher jeden Tag über die Theke.

Einen besonderen Schwerpunkt bei der Befragung der Unternehmen legte ROBIN WOOD auf Bäckereien, denn sie sind für die Mehrzahl der Deutschen der erste Anlaufpunkt für Kaffee und für die Bäckereiketten wird der "Mitnehm-Service" immer wichtiger. Als Unternehmen für Reisende wurde auch die Deutsche Bahn befragt – auch hier spielt das Thema "Getränke-unterwegs" eine wichtige Rolle.

Die Themen

Zwei Aspekte waren uns bei der Befragung der zehn ausgewählten Unternehmen besonders wichtig:

1. Ob mitgebrachte Mehrwegbecher befüllt werden dürfen und wie die Unternehmenspolitik zu diesen Bechern aussieht (eigener Verkauf? Bewerbung? Rabatt?).

Schnellcheck: Wer erfüllt welche Mindestkriterien?

	Tchibo	Deutsche Bahn	McDonald's	Steinecke
Befüllung von mitge- brachten Mehrwegbe- chern erlaubt?	Ja	Ab 01.08.2016	Nein	Geplant Ende 2016/ Anfang 2017
Werden Mehrwegbecher zum Verkauf angeboten?	Ja	lm Zug: Nein Internet: Ja	Ja	Nein
Gibt es Mehrweg-Geschirr bei Verzehr vor Ort?	Ja	Bordbistro: Nein Bordrestaurant: Ja	Generell: Nein McCafé: Ja	Ja
Prüfung auf legale Forst- wirtschaft?	Fordern Holzherkunftser- klärung + Holzarten an, machen Faseranalyse	FSC-/PEFC-Zertifikat	FSC-/PEFC-Zertifikat	FSC-Zertifikat
Nachhaltige Forstwirt- schaft?	Bisher nicht (prüfen FSC)	FSC-/PEFC-Zertifikat	FSC-/PEFC-Zertifikat	FSC-Zertifikat

Die Tabelle stellt übersichtlich dar, welche der fünf ROBIN WOOD-Mindestkriterien von welchen Unternehmen erfüllt oder nicht erfüllt werden. Von den antwortenden Unternehmen konnte keines in allen fünf Kategorien die Kriterien einhalten, aber in Einzelpunkten sind erste Bemühungen erkennbar.







Tchibo und Starbucks begründeten vor einigen Jahren die Kaffee-Unterwegs-Kultur im Wegwerfbecher

2. Ob die Legalität der Papierherkunft gesichert ist und ob auf eine nachhaltige Forstwirtschaft geachtet wird.

Intransparenz und Unwohlsein auf unsere Fragen

Alle befragten Unternehmen versuchen auf die eine oder andere Weise "grün" und nachhaltig zu erscheinen. Der riesige Ressourcenverbrauch durch die Wegwerfbecher war bis vor wenigen Monaten kaum Thema, und dies spiegelt sich auch in den fehlenden Antworten wider. Gleich vier Unternehmen – die drei Großbäckereien Schäfer's, Kamps und Backwerk, sowie die Sandwich-Kette Subway – schafften es trotz Nachfragen und viel Wartezeit nicht, unsere Fragen zu beantworten. Auch die Bäckerei K&U antwortete nur auf einen Teil der Fragen, und Starbucks speiste uns trotz mehrfachen telefonischen Nachhakens mit einem wenig aussagekräftigen, schriftlichen Statement ab. Offensichtlich haben diese Unternehmen bisher kein Interesse an Transparenz der Öffentlichkeit gegenüber. Die Schwierigkeit an Informationen zu gelangen, bestätigten ROBIN WOODs Befürchtung, dass bei vielen Unternehmen wenig Wille besteht, sich konstruktiv mit der verursachten Umweltverschmutzung zu beschäftigen. Aussitzen wird in Zukunft aber immer schwieriger werden!

Unsere Erkenntnisse

Nur vier von zehn Unternehmen haben es geschafft, uns konkrete Antworten

zu geben. Neben McDonald's sind die Großbäckerei Steinecke, Tchibo und die Deutsche Bahn auf unsere Fragen konkret eingegangen.

Der erste wichtige Schritt Richtung Nachhaltigkeit ist es, den KundInnen die Befüllung mitgebrachter Mehrwegbecher zu erlauben. Bei Tchibo ist dies seit August 2015 möglich. Deutsche Bahn und Steinecke planen diesen Service ab August 2016 bzw. zum Jahreswechsel. Nur McDonald's erlaubt dies nicht und zieht sich in seiner Begründung auf angeblich rechtliche Gründe zurück: "McDonald's Deutschland hält sich hier strikt [...] an die entsprechenden Vorschriften." Welche das sein sollen, verrät McDonald's nicht. Die Lebensmittelhygieneverordnung (LMHV) jedenfalls verbietet die Befüllung von Mehrwegbechern nicht.

Dies führt schon bei der anschließenden Frage zu seltsamen Entwicklungen. Um zu sehen, ob die entsprechenden Ketten den Trend hin zu Mehrwegbechern auch selbst fördern, haben wir gefragt, ob sie auch in ihren Filialen Mehrwegbecher zum Verkauf anbieten.

McDonald's tut dies – erlaubt die Befüllung aber nur beim allerersten Mal im noch unbenutzten Becher. Tchibo verkauft Mehrwegbecher, die bei ihnen auch wiederbefüllt werden dürfen, nur zeitweise als Aktionsware und will das Angebot nach eigenen Angaben "2016 sukzessive ausweiten".

Die Bahn verkauft die Mehrwegbecher zwar im Internet, gibt aber an "aufgrund der geringen Staumöglichkeiten in den Zügen" noch keine Möglichkeit für den direkten Verkauf gefunden zu haben. Aus Sicht von ROBIN WOOD ist der Trend zum Unterwegskonsum mit Einwegprodukten ein großes Problem – noch schlimmer ist es aber, wenn nicht einmal mehr im Restaurant vor Ort Mehrweggeschirr ausgegeben wird, wie es in den Fast-Food-Ketten und auch in den neuen Selbstbedienungs-Bäckereien wie Backwerk gang und gäbe ist.

McDonald's hat immerhin in seiner Teilmarke McCafé nun "Mehrweggeschirr aus Porzellan und Glas" – zwar ein erster guter Schritt, aber doch ein kleiner im Vergleich zur Müllmenge, die McDonald's täglich produziert. Auch bei der Deutschen Bahn ergibt sich ein geteiltes

Bild: Im Bordrestaurant gibt es Glas und Porzellan, im Bordbistro aber nur Plastikund Papierbecher. Steinecke und Tchibo wiederum geben an, prinzipiell vor Ort Porzellangeschirr zu verwenden – Tchibo nennt dies einen Teil ihres "Selbstverständnis als Qualitätsanbieter".

Des Weiteren fragten wir nach der Herkunft und der Legalität des Papiers für die Produktion der Einwegbecher. Das FSC-Zertifikat für nachhaltige Forstwirtschaft, das auch ROBIN WOOD für das einzig akzeptable Forstwirtschaftssiegel hält, haben immerhin Steinecke, Deutsche Bahn und K&U. McDonald's und die Deutsche Bahn nutzen sowohl FSC als auch das von Umweltschutzorganisationen nicht anerkannte PEFC-Siegel. Dieses Siegel wurde von Waldbesitzerverbänden und der Holzindustrie als Konkurrenz zum stark wachsenden FSC-Zertifikat gegründet. Bei PEFC können sich ganze Regionen auf einen Schlag zertifizieren lassen, und Kon-

Kaffee und Tee: Nur aus der Tasse ein wirklicher Genuss







Rächer der Becher! Waldschutz statt Wegwerfbecher

trollen erfolgen nur durch Stichproben. Auch erkennt der PEFC viele nationale Zertifizierungssysteme beispielsweise in Asien an, die von Umweltorganisationen stark kritisiert werden.

Obwohl Tchibo Mitglied im FSC-International ist, hat es bei den Papierbechern noch keine Zertifizierung durchgeführt ein großer Minuspunkt. Das Papier wird bei Tchibo durch Holzherkunftserklärungen und Faseranalysen geprüft, um "die Verwendung illegaler Hölzer und Herkünfte" auszuschließen.

Einige Unternehmen wie Starbucks und Balzac Coffee belohnen mitgebrachte

Mehrwegbecher direkt: Jedes Mal bekommen die Kundinnen hier einen Preisnachlass von einigen Cent. Dies wäre für den ganzen Handel ein guter erster Schritt, um das Thema über den Geldbeutel in die Köpfe zu kriegen!

7ukunft & nächste Schritte

Für ROBIN WOOD ist klar: Der Wegwerfbecher muss verschwinden! Denn selbst wenn die Becher nicht aus immer mehr Material bestünden, selbst wenn sie recycelt werden könnten, selbst wenn sie aus Altpapier hergestellt werden könnten, selbst wenn das Papier aus verantwortlicher Forstwirtschaft kommen würden, wären sie schlechter als Mehrwegprodukte.

All das tun sie aber nicht, und so führt auf Dauer kein Weg an der klassischen Porzellantasse, dem stabilen wiederverwendbaren Hartplastikbecher oder dem Edelstahlbecher für unterwegs vorbei.

Die Unternehmen tragen Verantwortung dafür, Umweltschäden durch Wegwerfbecher zu vermeiden. ROBIN WOOD fordert vom Handel daher als Sofortmaßnahmen:

1) Stopp der Ausgabe von Wegwerfbechern an Gäste im Restaurant/in der Bäckerei

- 2) Verkauf und Werbung für Mehrwegbecher, sowie die Möglichkeit, diese in allen Filialen zu befüllen
- 3) Deutlicher Unterschied des Getränkepreises bei der Nutzung von Mehrwegbechern anstelle von Wegwerfbechern
- 4) Zertifizierung aller Papierbecher nach FSC - Zertifikat für nachhaltige Forstwirtschaft

Darüber hinaus führt kein Weg an einem Ende der Wegwerfbecher vorbei – wie es nun auch bei Plastiktüten immer klarer wird. Stellt der Handel nicht freiwillig um, muss dies der Gesetzgeber regeln. Große Ketten, wie die von uns befragten Unternehmen, könnten auf Mehrwegbecher-Modelle mit Pfand (sogenannte Poolsysteme) umstellen, bei denen KundInnen den Becher in einer Filiale mitnehmen und zu jedem Zeitpunkt in jeder beliebigen Filiale wieder abgeben können. Riesige Berge an Müll würden dadurch vermieden und ein überzeugender Schritt in Richtung nachhaltiges und zukunftsfähiges Leben getan.

Mit der Kampagne "Rächer der Becher Wegwerfbecher stoppen!" ergreift ROBIN WOOD klare Position gegen die Rohstoffverschwendung. Alle weiteren Hintergrundinformationen und unsere Aktivitäten auf unserer Internetseite: robinwood.de/wegwerfbecher

Jannis Pfendtner, ROBIN WOOD-Wald-

referent in Hamburg, wald@robinwood.de

Mitmachen: Onlineprotest gegen Wegwerfbecher!

Die Bäckereikette Backwerk bietet nur Wegwerfprodukte aus Papier und Plastik an und ist damit einer der größten Ressourcenverschwender unter den Bäckerei-Ketten. Selbst Kundlnnen, die in den Geschäften ihren Kaffee trinken, bekommen nur Wegwerfbecher! An einem bundesweiten Aktionstag forderte ROBIN WOOD Ende Juli die Backwerk-Geschäftsführung auf, die Verschwendung zu stoppen und ein Pfandsystem für Mehrwegbecher

Wir erhöhen den Druck nun durch einen Onlineprotest: www.robinwood. de/wegwerfbecher-stoppen

23. Juli 2016: Aktiv gegen Wegwerfbecher – ROBIN WOOD-Aktionstag bei Backwerk-Filialen in Hamburg, Stuttgart und Leipzig



Wegwerfbecher sind kalter Kaffee!

Mit einer starken Kampagne wollen wir Wälder davor schützen, dass sie von der Wegwerfindustrie vernichtet und verschwendet werden.

Für Kampagnen wie diese sind regelmäßige Spenden besonders wichtig!
Sind Sie schon lange Fördermitglied? Können Sie sich vorstellen,
Ihre regelmäßige Spende ein wenig zu erhöhen?
Dann können wir uns bei Ihnen mit dem schönen "Rächerbecher" bedanken.

Sind Sie noch nicht Fördermitglied? Können Sie sich vorstellen, uns eine Zeit lang regelmäßig mit einer Einzugsgenehmigung zu unterstützen? Dann können wir uns bei Ihnen mit dem schönen "Rächerbecher" bedanken.

Sind Sie einfach nur sauer wegen der absurden Verschwendung?

Dann unterstützen Sie uns bitte mit einer Spende,

um 10 Milliarden Wegwerfbecher zu verhindern.



Illusion c/o analog/digital

Mobilität dekarbonisieren



Die ROBIN WOOD-Plakatserie "Mensch versus Natur" verdeutlicht mit beeindruckenden Bildern die Auswirkungen der menschengemachten Schäden an Umwelt und Tierwelt. Erhältlich sind drei Motive: Eisbär, Hirsch und Affe, als Fotodrucke im Format DIN A 2 auf hochwertigem Recyclingpapier ab sofort im ROBIN WOOD-Shop für nur 2,50 €. www.robinwood-shop.de



Im Klimaabkommen von Paris verpflichtet sich die Weltgesellschaft, die Erderwärmung auf deutlich unter ("well below") 2 Grad Celsius zu begrenzen, wenn möglich unter 1,5 Grad. Ohne eine Änderung unserer Mobilität werden wir das Klima nicht schützen können. Ohne eine Verkehrswende wird Europa seiner Verpflichtung nicht nachkommen können. Denn Verkehr ist der einzige Sektor, in dem die Treibhausgas-Emissionen seit dem Basisjahr des internationalen Klimaregimes gestiegen sind, in Europa um 22 Prozent, während

die Emissionen aus der Industrie um 38 Prozent sanken. ROBIN WOOD setzt sich auf zwei zentralen Politikfeldern für wirksamen Klimaschutz in unserer Mobilität ein: Wir streiten für ein bezahlbares und modernes Verkehrsangebot auf der Schiene. Die elektrifizierte Bahn ist die wesentlich effizientere Form von Elektromobilität, als mit Milliarden-Subventionen geförderte Elektro-Autos. Und wir wollen, dass die Luftfahrtindustrie für die wahren Kosten des extrem klimaschädlichen Flugverkehrs zahlt.



Nachtzüge für Europa

Die Deutsche Bahn AG will dieses Jahr zum Fahrplanwechsel im Dezember die letzten von ihr betriebenen Nachtzüge streichen – im Sinne von Schlaf- und Liegewagen. Im letzten Herbst hat ROBIN WOOD Unterschriften gesammelt für ein gut funktionierendes Nachtzugnetz sowie faire Preise für Tickets ohne Zugbindung und die BahnCard 50. Im Alternativen Geschäftsbericht 2015/16 kritisieren wir das Management der DB AG, weil es keine Unternehmenspolitik für die Schiene macht.

Die DB hat zwar ambitionierte Naturschutz-Kooperationen und Erneuerbare Energien in ihrem Strommix. Aber bei den "umweltpolitischen Herausforderungen im Verkehrssektor und die Rolle der Bahn" – so der Titel seines Beitrags zu einem Workshop im Juni – vergisst Vorstand Ronald Pofalla das Potenzial für den Klimaschutz, das ein modernes Nachtzugnetz als Alternative zu inner-

europäischen Flügen hat. Pofalla sagt nichts über einen Fahrplan und ein Preissystem, die tatsächlich Alternativen zum eigenen Auto bieten würden. Er redet nicht über direkte Gleisanschlüsse für Betriebe statt LKW-Rampen. Sondern er zählt nur all die kleinen Maßnahmem aus Strommix, Biobratwurst im Bistro und Fahrtraining bei Schenker auf, die für einen wirksamen Klimaschutz zu wenig sind. Der Auftrag der Weltklimakonferenz lautet: Mobilität dekarbonisieren. Nicht im Schienensektor, sondern durch Verkehrsminderung und Verlagerung auf die Schiene. Ein öffentlicher Betrieb wie die DB ist dafür die beste Voraussetzung.

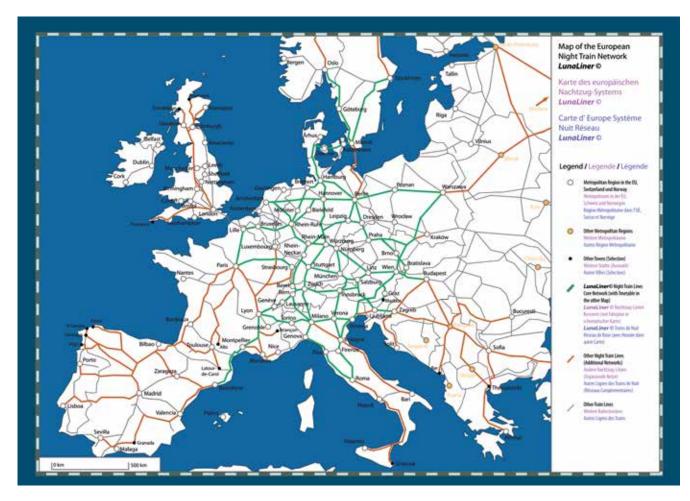
LunaLiner – ein innovatives Nachtzugnetz für Europa

ROBIN WOOD hat renommierte Fachleute unterstützt, die – ehrenamtlich – ein Nachtzugnetz für ganz Europa entwickelt haben. Ende Mai wurde der "LunaLiner"

auf einer viel beachteten Pressekonferenz präsentiert. Der LunaLiner ist das europäische Nachtzugnetz der Zukunft. Es wurde entwickelt von Verkehrs- und Fahrplan-Expert_innen in Kooperation mit Gewerkschaften, Fahrgast- und Verbraucherverbänden, Umwelt- und Klimaschützer_innen. Denn Nachtzüge haben ein großes Potenzial für den Klimaschutz.

Auf längeren Wegen sind Nachtzüge die komfortable Alternative zum Flugzeug. Ohne eine Änderung unserer Reisegewohnheiten werden wir das Klima nicht schützen können. Eine europäische Verkehrswende ist überfällig – Nachtzüge sind dabei unverzichtbar.

Ein Exemplar des LunaLiners liegt diesem Magazin bei. Mehr davon zum Aushängen, Auslegen und Verteilen können Sie bestellen unter: info@robinwood.de, Tel.: 040 380892-0, Fax: -14



Ausgeflogen

Im Abkommen der Weltklimakonferenz kommt das Wort "Aviation", Flugverkehr, nicht vor. Die Luftfahrtindustrie feierte das als Freiflugschein in die Verantwortungslosigkeit. Da sich aber alle Staaten verpflichten, ihre nationalen Treibhausgas-Emissionen soweit zu reduzieren, dass die Erderwärmung deutlich unter 2 Grad Celsius, wenn möglich unter 1,5 Grad bleibt, ist die Luftfahrt de facto im Paris-Vertrag und in der Verantwortung.

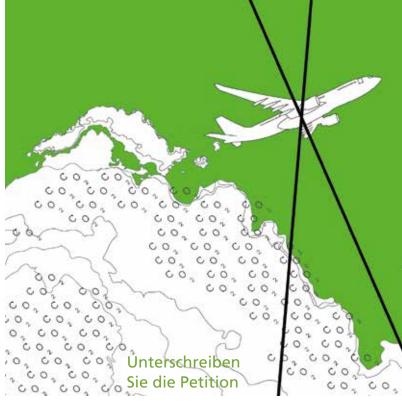
Die UN-Sonderorganisation für zivile Luftfahrt, ICAO, wurde im ersten globalen Klimaabkommen, dem Kyoto-Protokoll, beauftragt, Maßnahmen für Klimaschutz im Luftverkehr zu entwickeln. 16 Jahre tat die ICAO – nichts. Dann bezog die Europäische Union den Flugverkehr in ihr Emissionshandelssystem ein und setzte so die globale Organisation unter Zugzwang. Deshalb wird der ICAO-Präsident, der Nigerianer Olumuyiwa Benard Ali, auf der ICAO-Vollversammlung Ende September 2016 ein Konzept für ein "Carbon Neutral Growth", ein CO₂-neutrales Wachstum, der Luftfahrt ab 2020 vorlegen. Der Plan stützt sich zum überwiegenden Teil auf Offsets, d.h. auf CO₂-Gutschriften in anderen Sektoren als dem Luftfahrtsektor und in anderen Ländern als dem, in dem die verantwortliche Luftfahrtgesellschaft ihren Sitz hat. Es soll so gut wie NICHTS an der am stärksten wachsenden Quelle von Treibhausgasen eingespart werden. Stattdessen sollen die Emissionen auch auf Basis von Land- und Waldflächen "kompensiert" werden. Wo will die ICAO diese gewaltigen Kompensationsflächen hernehmen, die bisher noch nicht für den Klimaschutz erschlossen sind? Es gibt sie nicht!

Nein zum Wachstum des Flugverkehrs!

Flugreisen sind Teil einer maximal ressourcenintensiven Konsum- und Produktionsweise. Das geplante Abkommen der ICAO für ein "Carbon Neutral Growth" ab 2020 würde die Klimabelastung aus Flugreisen durch Offsets verrechnen mit bäuerlicher Landwirtschaft oder gar Waldnomadenleben. Fliegen als maximale Außerkraftsetzung räumlicher Grenzen – das ist der Machtfaktor bei Mobilität – würde verrechnet mit der größtmöglichen Bindung an die Scholle. "Bäumchen pflanzen für's Weiterfliegen" ist weder ökologisch noch sozial nachhaltig.

Das Klima schützt, wer weniger fliegt: Degrowth statt Greenwashing

ROBIN WOOD hat zusammen mit rund 40 Organisationen und Initiativen im Sommer 2016 eine internationale Kampagne gestartet. Friends of the Earth International, World Rainforest Movement, System Change, not Climate Change sowie Initiativen, die gegen Flughafen-Bauprojekte kämpfen, sind dabei. Im Zentrum der Kampagne steht eine Petition, die sich gegen Pläne der UN-Luftfahrtorganisation ICAO richtet, ein weiteres Wachstum des Flugverkehrs mit der Behauptung zu rechtfer-



Nein zum Ausbau des Flugverkehrs! Keine Klima-Scheinlösungen!

tigen, es könne "klimaneutral" gestaltet werden. Wir Organisationen der Zivilgesellschaft kritisieren das "Carbon Neutral Growth"-Konzept als Greenwashing. Mit der internationalen Petition wollen wir Druck aufbauen und die Verabschiedung bei der nächsten ICAO-Hauptversammlung verhindern.

Echte Lösungen für den Klimawandel

Statt Scheinlösungen fordern die Unterzeichnenden Maßnahmen zur Verminderung des Flugverkehrs, um die globale Erwärmung zu bekämpfen:

- Kein Neu- und Ausbau von Flughäfen. Hunderte Neu- und Ausbauprojekte weltweit zerstören Ökosysteme, landwirtschaftliche Nutzflächen und Lebensräume. Wir können es uns nicht leisten, weiter in hochgradig zerstörerische und treibhausgasintensive Infrastruktur zu investieren.
- Keine Substituierung von Kerosin durch Agrartreibstoffe. Agro-Sprit ist nicht kohlenstoffneutral, trägt zu Landraub bei und verkleinert die Produktionsfläche für Nahrungsmittel.
- Stopp der staatlichen F\u00f6rderung der Luftfahrtindustrie und Flugh\u00e4fen. Kerosin muss endlich besteuert werden.
- Investitionen in bezahlbaren und attraktiven Bahnverkehr. Erhalt und Ausbau von Nachtzügen für längere Distanzen.
- Weniger Luftfracht und Verlagerung des Handels auf umweltfreundliche Transportmöglichkeiten. Förderung der regionalen Produktion und Verbrauch von Gütern.

Bitte unterzeichnen Sie die Petition jetzt online: http:// systemchange-not-climatechange.at/globale-flug-kampagne/

> Monika Lege, Verkehrsreferentin von ROBIN WOOD in Hamburg verkehr@robinwood.de

Kostenloser Nahverkehr – Ein Ausweg aus der Autostadt?

In der letzten Ausgabe des ROBIN WOOD-Magazins haben wir über die Autostadt Berlin geschrieben und gezeigt, wie der klimaschädliche Autoverkehr auch zu Lasten von Gesundheit, Sicherheit und Lebensqualität aller Menschen in der Stadt geht. Viele Fahrten mit dem Auto könnten problemlos mit anderen Verkehrsmitteln zurückgelegt werden. Eine echte Alternative wäre ein besserer öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV). der aber in Berlin auf sich warten lässt. Nachdem die S-Bahn zur kurzfristigen Erhöhung ihrer Profite jahrelang auf Verschleiß gefahren wurde, ist ihr Betrieb 2009 mehrfach spektakulär kollabiert. Bis heute hat sie sich nicht ganz davon erholt, was sich vor allen in den schweren Einschränkungen des S-Bahn-Verkehrs zeigt, mit denen die Fahrgäste seitdem fast jeden Winter leben müssen. Parallel dazu wurden die Fahrpreise immer weiter erhöht, und die S-Bahn macht heute wieder Millionengewinne.

Angesichts dieser nicht nur lokalen Missstände wird seit Jahrzehnten immer wieder ein kostenloser ÖPNV gefordert. Mittlerweile gibt es auf fast allen Kontinenten Städte, die dieses Konzept zumindest teilweise umsetzen. Die Internetseite https://farefreepublictransport.com/ zählt knapp einhundert Fälle, bezieht aber auch Städte ein, in denen der Nahverkehr z.B. nur für Senioren*innen gratis ist oder solche Versuche wieder eingestellt wurden. Obwohl wissenschaftlich nur lückenhaft begleitet, lassen sich an drei besonders weitreichenden Versuchen in europäischen Städten Chancen und Probleme zumindest erahnen:

In **Templin**, einem Kurort nördlich von Berlin mit 16.000 Einwohner*innen, war von 1998 bis 2003 das Busfahren kostenlos und wurde durch Kurtaxe und Parkgebühren querfinanziert. Die Anzahl der Fahrgäste explodierte förmlich von etwas mehr als 40.000 auf über 600.000. Gleichzeitig ging der Autoverkehr zurück, allerdings nicht in dem Umfang, wie

von der Stadt erhofft. Unter den neu hinzugekommenen Fahrgästen machten Autofahrer*innen die kleinste Gruppe aus, deutlich mehr waren vorher per Rad oder zu Fuß unterwegs gewesen. Der Versuch endete, als die kleine Kommune die Kosten für den ÖPNV nicht mehr tragen konnte. Das Folgeprojekt einer stark subventionierten "Jahreskurkarte" wird nur von etwa vier Prozent der Einwohner*innen in Anspruch genommen.

In der knapp 70.000 Einwohner*innen zählenden Stadt Hasselt im Osten Belgiens entschied man sich 1997 gegen eine geplante Umgehungsstraße und für einen kostenlosen Nahverkehr und Ausbau des Busnetzes. Die Effekte waren ähnlich wie in Templin: Die Fahrgastzahlen verdreizehnfachten sich, der Anteil der umgestiegenen Autofahrer*innen war hier zwar höher, wurde aber von den zusammengerechneten Umstiegen von Fußgänger*innen und Radfahrer*innen übertroffen. Dennoch nahm der PKW-Verkehr spürbar ab. Durch den rückläufigen Autoverkehr sanken die Einnahmen aus den zur Finanzierung der Busse stark erhöhten Parkgebühren; im Jahr 2000 stellte die Provinz Flandern die Bezuschussung des ÖPNV ein. 2012 kam eine konservative Stadtregierung an die Macht, die ab 2013 die kostenlose Nutzung des ÖPNV nicht mehr finanzierte. Allerdings fahren Senior*innen und unter 18-Jährige weiterhin gratis.

In der 430.000 Einwohner*innen zählenden estnischen Hauptstadt **Tallinn** wurde nach einer Volksabstimmung 2013 ein kostenloser ÖPNV eingeführt. Parallel wurde die Verkehrslenkung zum Vorteil der Busse geändert und der Nahverkehr ausgebaut. Die Kosten werden vor allem dadurch gedeckt, dass mehr Menschen ihren Erstwohnsitz in die Stadt verlegen, wodurch sich die staatlichen Zuwendungen an die Kommune erhöhen. Der Fahrgastzuwachs scheint moderat zu bleiben, was möglicherweise damit zusammenhängt, dass schon zuvor über

ein Drittel der Einwohner*innen vom Fahrpreis befreit war.

Was lässt sich daraus lernen? Zum einen, dass Kommunen mit den Kosten für einen kostenlosen ÖPNV mittelfristig überfordert sind, wenn die gewünschten Anstiege der Fahrgastzahlen tatsächlich eintreten, aber keine ausreichenden neuen Einnahmequellen zur Verfügung stehen. Für dieses Problem werden meist drei Lösungsmodelle diskutiert:

- 1. Die erste Variante sieht eine einheitliche Abgabe pro Kopf vor, wie sie Student*innen bereits heute für das Semesterticket zahlen. Wie alle einheitlichen Pro-Kopf-Abgaben, die sich nicht an den sehr unterschiedlichen Einkommen orientieren, ist ein solches Modell hochgradig unsozial und würde ökologische Fortschritte konterkarieren.
- 2. Die Pro-Kopf-Abgabe lässt sich aber modifizieren, indem bestimmte Gruppen von ihr befreit werden (z.B. Jugendliche, Rentner*innen, Arbeitslose) und dafür Personen mit hohen Einkommen mehr zahlen. Wie sozial ein solches Modell wäre, hängt sehr von der Ausgestaltung der Details ab und kann daher nur im Einzelfall sinnvoll diskutiert werden.
- 3. Die wohl interessanteste Möglichkeit wäre, jene Gruppen zur Kasse zu bitten, die indirekt vom ÖPNV profitieren. Das wären etwa Grundbesitzer*innen (die ja auch die Erschließungskosten für andere Infrastrukturen mittragen), Unternehmen, Einzelhandel und Tourismus. Im Bereich des kostenpflichtigen ÖPNV gibt es dazu bereits einige Erfahrungen und Modelle:
- In Frankreich wurde 1971 die "Versement transport" eingeführt. Mit dieser kommunalen Abgabe, die von Unternehmen mit mehr als neun Beschäftigten zu zahlen ist, wird in fast allen größeren Städten der ÖPNV finanziert. Die Höhe der Abgabe ist von der Lohnsumme, aber auch von der Größe des Ballungsraums und



- dem Umfang des ÖPNV-Angebots abhängig. Im Pariser Raum müssen sich die Unternehmen zusätzlich zu 50 Prozent an den Monatskarten ihrer Beschäftigten beteiligen.
- In Wien existiert mit der "Dienstgeberabgabe" seit 1970 eine ähnliche Steuer. Hier müssen die Unternehmen einen festen Betrag pro Arbeitsplatz zahlen.
- Der Verkehrsclub Deutschland spricht sich auf Grundlage einer Studie von 2014 dafür aus, die indirekten Nutznießer über die Grundsteuer an der Finanzierung des ÖPNV zu beteiligen. Als Argument wird unter anderem genannt, dass so der private Flächenverbrauch als Kriterium einbezogen werden kann. Daneben soll aber an dem Fahrscheinsystem festgehalten werden.
- In einer von der Piratenfraktion im Berliner Abgeordnetenhaus in Auftrag gegebenen Studie von 2015 wird die Beteiligung der indirekten Profiteure in Kombination mit den Modellen 1 oder 2 zur Finanzierung eines fahrscheinlosen ÖPNV diskutiert.

Kostenlosen ÖPNV ganz oder größtenteils durch die indirekt profitierenden, besitzenden Gruppen zu finanzieren, wäre unter sozialen Gesichtspunkten am konsequentesten, stößt im Kapitalismus aber auch an Grenzen. Da Städte und Länder als Standorte in Konkurrenz zueinander stehen, könnten sich Unternehmen entscheiden wegzuziehen, wenn solche Abgaben nicht flächendeckend erhoben werden und andere Standortvorteile nicht überwiegen sollten. Eine flächendeckende Abgabe ginge erst recht zu Lasten der Profite und würde daher über die Preise weitergegeben werden oder die im Kapitalismus eh bestehende Gefahr von Wirtschaftskrisen aufgrund ausbleibender Profite (geringfügig) erhöhen.

Die durch die Einführung kostenlosen Nahverkehrs drastisch ansteigenden Fahrgastzahlen führen nicht nur zu höheren Kosten auf Seiten der Kommunen, sondern werden oft auch als ein Problem für sich verstanden. Hier lässt sich mit Recht fragen, ob das tatsächlich so ist. Schließlich ist eine verstärkte Nutzung des ÖPNV ja gerade das Ziel. In Templin und Hasselt wurden auf diesen Weg erfolgreich PKW-Kilometer eingespart. Es gibt aber zwei Gegenargumente, die sich nicht einfach von der Hand weisen lassen: Die Abwanderung vom Fuß- und Fahrradverkehr zum ÖPNV und das Anwachsen unnötiger Verkehrsströme. Aus ersterem lässt sich lernen, dass die Einführung eines kostenlosen ÖPNVs in eine Verkehrspolitik eingebettet werden müsste, die Fuß- und Radverkehr massiv und auf Kosten des PKW fördert. Komplizierter ist es mit dem Vorwurf, der kostenlose ÖPNV würde massenhaft für unnütze Wege genutzt. Hier lässt sich einwenden, dass es statistisch schwierig möglich ist zu definieren, welche Wege überflüssig sind. Und schließlich werden unnötige Wege genauso mit dem Auto zurückgelegt.

Hinter dem starken Anwachsen der Verkehrsströme steht letztlich ein anderes Problem, dass aber für technischen Aufwand und Machbarkeit eines kostenlosen ÖPNV wichtig ist. In den letzten hundert Jahren hat sich die Anzahl der Wege, die in der Stadt zurückgelegt werden, nicht wesentlich erhöht. Was drastisch zugenommen hat, ist die Anzahl der Kilometer, die dabei zurückgelegt werden müssen. Grund ist die räumliche Trennung von Wohnen, Arbeiten, Konsum und Erholung mit immer größere Entfernungen. Diese Entwicklung begann schon im 19. Jahrhundert mit der Industrialisierung, als die im Handwerk noch übliche Verbindung von Arbeit und Wohnen unter einem Dach verschwand und Bevölkerungszahl und Fläche der Städte explosionsartig zunahm. Nach dem Zweiten Weltkrieg kam es zu einem weiteren großen Entmischungsschub. Dafür gibt es mehrere Gründe:

- Für Bodenpreise ist die zahlungskräftigste Nachfrage ausschlaggebend.
 Das führt dazu, dass die Innenstädte immer mehr von Büros und Geschäften dominiert werden, während das Wohnen hier meist unerschwinglich ist.
- Alle Arten mechanischer Fortbewegungsmittel, vor allem aber das Auto, haben die Distanz erhöht, die Stadtbewohner*innen zwischen Wohnung, Arbeitsplatz, Geschäften usw. zurücklegen können. Dadurch wurde der Radius der Stadt vergrößert. Entstehung und Wachstum von Vorstädten waren die Folge. Die sind wegen geringer Siedlungsdichte oft nur schwer durch

- den ÖPNV erschließbar.
- Die nach dem Zweiten Weltkrieg wirksamen Dogmen der Architektur und Stadtplanung sahen dazu passend eine radikale räumliche Trennung der einzelnen Lebensbereiche vor, die durch ein entsprechendes Verkehrsnetz verbunden werden sollten. Gleichzeitig und im Widerspruch dazu warnten sie vor dem Autoverkehr als tödliche Gefahr für die Städter*innen und sahen die Vorteile kurzer Wege aber diese Seite ihrer Konzepte kam sehr viel weniger zum Tragen.
- Immer mehr Einkaufszentren entstanden auf der grünen Wiese und setzten durch Zentralisierung und niedrigere Mietkosten dem Einzelhandel in den Wohngebieten schwer zu.
- Dadurch und durch das Wachstum der Vorstädte wurde die Distanz der Städter*innen zu Naherholungsgebieten immer größer.

Der Anstieg der in den Städten pro Person zurückgelegten Kilometer stagnierte erst Anfang dieses Jahrhunderts. Immer noch werden unsere Städte durch jene Raumstrukturen bestimmt, in denen wir gezwungen sind, durch individuelle Mobilität zu verbinden, was die Stadtplanung künstlich getrennt hat.

Eine auf Bodenpreise statt rationaler Planung beruhende Stadtentwicklung wurde erst durch die Verbreitung des Autos möglich und war gleichzeitig für die weitere Verbreitung des Autos verantwortlich. Zu glauben, die Raumstruktur der Autostadt mit ihren langen Wegen beibehalten und einfach den dominierenden Verkehrsträger wechseln zu können, wäre tatsächlich naiv. Eine Stadt der kurzen Wege, die den kostenlosen ÖPNV entscheidend entlasten könnte, wird es aber nicht geben, solange die Bodenpreise und daran geknüpfte Profitinteressen die Entwicklung der Stadt bestimmen. Die Auseinandersetzung um einen kostenlosen ÖPNV sollte daher als Teil des Engagements gegen die kapitalistische Stadt verstanden werden.

Auch zu diesem Artikel finden sich Quellen und weiterführende Infos auf www.robinwood.de/berlin

Helge Groß und Alexander Valerius Regionalgruppe Berlin







Debattenbeitrag:

Ende Gelände 2016

Eine Auswertung von der Interventionistischen Linken Berlin, Klima AG

Vom 13. bis 16. Mai 2016 hieß es zum zweiten Mal Ende Gelände für die Kohle. Nachdem sich 2015 im Rheinland über 1000 Menschen im Rahmen der Kampagne Ende Gelände an der Besetzung des Tagebaus Garzweiler II beteiligten, kamen dieses Jahr 4000 Menschen zur Folgekampagne in die Lausitz, um den Tagebau Welzow Süd zu besetzen und das Kraftwerk Schwarze Pumpe von der Kohlezufuhr abzuschneiden. Wie auch letztes Jahr waren wir als Interventionistische Linke dabei. Im folgenden Artikel wollen wir unsere Sicht der Dinge zur Diskussion stellen.

Ende Gelände 2016 war ein großer Erfolg

Vorneweg gesagt, Ende Gelände war auf vielen Ebenen erfolgreich. Aufbauend auf dem letzten Jahr wurden sowohl der Aktionszeitraum als auch die Aktionsorte erweitert. An zwei Tagen brachen hunderte Aktivist*innen zu Fuß als auch mit Bussen und Fahrrädern zu ihren Aktionsorten auf.

Der Betrieb des Tagebaus wurde lahmgelegt und die Gleise, über die das Kraftwerk Schwarze Pumpe mit Kohle beliefert wird, besetzt. Neben Massenblockaden gab es eine Betonpyramide und Lock-On Aktionen. Da die Blocka-

Kontrovers diskutiert wurde die politische und mediale Auseinandersetzung um "Ende Gelände" insbesondere wegen der Ereignisse am Kraftwerk Schwarze Pumpe. Einige Hundert Aktivist*innen, die zuvor an Schienenblockaden vor dem Kraftwerk teilgenommen hatten, strömten auf das Kraftwerksgelände. Dabei durchbrachen sie auch Zäune. Während diese Kraftwerksexkursion für die einen einen Meilenstein darstellte, der zeigte, dass es die Aktivist*innen mit der Stilllegung der Kohleverstromung ernst meinten, deuteten andere die Ereignisse als den Moment, wo die Kampagne aus dem Ruder lief (Anmerkung der Redaktion).

den an allen Seiten des Kraftwerks über Nacht gehalten wurden und damit die Kohlezufuhr komplett abgeschnitten wurde, erreichten wir eine Drosselung von 80 Prozent der Kraftwerksleistung.

Ende Gelände ist eine Erfolgsgeschichte, die es unter bestimmten Voraussetzungen möglich gemacht hat, dass aus den maximal 300 Aktivist*innen, die sich vor 2015 bei den Klimacamps für direkte Aktionen begeistern konnten, so viele mehr wurden. Zum Großteil auch Menschen, die vorher nicht in politischen Bewegungen aktiv waren und mit den Aktionen einen Politisierungs- und Radikalisierungsschub erlebt haben.

Während ein Großteil der Bevölkerung für den Kohleausstieg und Klimaschutz ist, handelte die Regierung in den letzten Jahren mit besonderer Offenheit für die Interessen der fossilen Energiekonzerne. Daraus ist eine Vertretungslücke entstanden, die zu einer bundespolitischen Debatte geführt hat und die wir mit Ende Gelände nutzen und zuspitzen konnten. Umweltverbände im Klimabereich waren mit ihrer Fokussierung auf Klimagipfel und ihrer Taktik, mit der Politik zu reden und an sie zu appellieren, an ihre Grenzen gekommen. Deshalb war die Bereitschaft, radikalere Aktionsformen zu unterstützen oder sich sogar individuell daran zu beteiligen, enorm gestiegen: in Deutschland und weltweit. Ende Gelände 2015 im Vorfeld der Klimakonferenz in Paris war dafür eine sehr sinnvolle Intervention und hat deutlich gemacht, dass Kohleausstieg Handarbeit ist.

Die Aktion von Ende Gelände 2015 im Rheinland hat dazu beigetragen, nochmal mehr Menschen in die Lausitz zu mobilisieren, sowohl die radikale Linke als auch das gemäßigte Ökospektrum. Die Klimacamps haben mit ihrer jahrelangen Vorarbeit die Grundlage dafür geschaffen, dass eine erfolgreiche

Intervention vor Ort überhaupt möglich ist und Kontakt und Vertrauen zu Menschen vor Ort aufgebaut, die uns z.B. die Campflächen zur Verfügung stellen. Zuletzt hat der angekündigte Verkauf der Lausitzer Braunkohlesparte von Vattenfall ein politisches Handlungsfenster eröffnet.

Verbreiterung der Bewegung

Erstmals in der Geschichte der Klimabewegung kamen so viele Menschen - mehr als 4000 Menschen aus mehr als 20 Ländern – aus verschiedenen Kontexten zu einer Aktion zivilen Ungehorsams in Deutschland zusammen. Neu war auch, dass die Proteste nicht national begrenzt waren, sondern dass im Rahmen von Breakfree an vielen Orten der Welt Aktionen gegen fossile Brennstoffe stattfanden. Für viele der teilnehmenden Aktivist*innen war dies die erste Erfahrung mit zivilem Ungehorsam bzw. direkten Aktionen. Wir sind daher der Meinung, dass eine Radikalisierung der Bewegung stattgefunden hat, die massenhaft zivilen Ungehorsam endgültig im Aktionsrepertoire der Klimabewegung verankert hat. Aufgrund der Zuspitzung der Widersprüche des Klimawandels und des Kapitalismus sind viel mehr Menschen zu radikalen Aktionen bereit.

Wir sehen in der inspirierenden Erfahrung durch Ende Gelände das Potenzial, einen Anstoß zu mehr Aktionen und Organisation auch auf lokaler Ebene zu geben. Und wir hoffen, dass die Aktion auch Menschen, die dadurch politisiert wurden, dazu ermutigt weiterzumachen, wie es an verschiedenen Orten bereits der Fall ist.

Kraftwerk

Beim bereits oft thematisierten Gang aufs Kraftwerksgelände haben sich jedoch auch Probleme der Aktionsform sowie des Verhältnisses von Selbstverantwortung und Organisation gezeigt. Ein zentrales Problem sehen wir in der Eigendynamik, die in einem überhasteten Aufbruch geendet ist. Wir fragen uns im Nachhinein, warum wir uns in der Situation nicht die Zeit genommen haben, zu überlegen, was vor Ort zu tun wäre, zumal die Personen aus den Vorbereitungsstrukturen nicht die Verantwortung für die Aktion übernehmen konnten. Unsere (wenn auch nicht eindeutige, weil verschiedene Positionen umfassende) Kritik an dieser Aktion ist einerseits, dass wichtige Blockadepunkte angreifbar gemacht wurden (weniger Menschen) und die Aktion nicht wohl überlegt genug durchgeführt wurde, so dass es für manche eine unvorbereitete und unangenehme Situation wurde.

Wir schließen uns den kritischen Stimmen an, die sagen, dass die Durchführung schlecht war, dennoch finden wir die Aktion legitim, begrüßen spontane Dynamiken und sehen in der Kraftwerksbegehung und dem Abbau der Zäune keinen Bruch des Aktionskonsens.

Wahrnehmung von Ende Gelände

Die gesamtgesellschaftlichen Auswirkungen der Aktion sind natürlich schwer zu fassen. Generell war *Ende Gelände* in den Medien sehr präsent. Wir haben es geschafft, den Verkauf der Braunkohle in der Lausitz wieder zur politischen Debatte in Schweden und in Deutschland zu machen.

Wie auch letztes Jahr war es schwierig, nicht als reine Kohlegegner*innen sondern als kapitalismuskritische Aktion in Erscheinung zu treten. Dies funktionierte weder in der medialen Wahrnehmung, noch vor Ort in der Lausitz. Ein großer Erfolg war es jedoch, das Wohlfühl-Bild des Pariser Klimavertrags anzugreifen und deutlich zu machen, dass ein Vertrag für sich genommen nicht viel bewirkt, sondern dass die Auseinandersetzungen lokal geführt werden müssen.

Lokales

Vor Ort haben wir die Widersprüche zugespitzt. Inwiefern das den lokalen Widerstand gestärkt hat, dazu gibt es unterschiedliche Einschätzungen. Kritisch ist jedoch in jedem Fall zu sehen, dass wir den meisten Einwohner*innen in der Lausitz nicht klar machen konnten, dass sich unsere Aktion nicht gegen die Arbeiter*innen stellt. Hier sollten wir selbstkritisch überlegen, ob vorausgehend mehr Dialog und Informationsaustausch möglich ist, um einer Frontenbildung entgegenzuwirken. In Zukunft müssen wir uns stärker und klar zur Perspektive der Arbeiter*innen positionieren, indem wir klar verständliche Forderungen für einen sozialen Wandel stärker betonen und die Verantwortungslosigkeit und Lügen der Konzerne demaskieren, die ihren Arbeiter*innen vormachen, dass es mit der Kohle ewig weiterginge – bis sie dann einfach verkaufen oder schließen. Dennoch müssen wir uns bewusst sein, dass auch in Zukunft der realpolitische Widerspruch zwischen den Arbeiter*innen und uns nicht komplett aufzulösen ist.

Wir müssen im Nachhinein feststellen, dass wir nicht genügend auf die Gegebenheiten vor Ort vorbereitet waren. Die Situation bezüglich organisierter Neonazigruppen wurde massiv unterschätzt. Vermehrt kam es zu Angriffen auf Aktivist*innen, bei Blockadepunkten, der Mahnwache in Terpe und in der Nähe des Camps. Es gab intern einen Konflikt, wie Schutzstrukturen aussehen sollen und es wurde darin von einigen Seiten auch aktiv gegen effektivere Schutzstrukturen

gearbeitet. Es wäre mehr Vorbereitung und Bereitschaft zu offensiver Verteidigung notwendig gewesen.

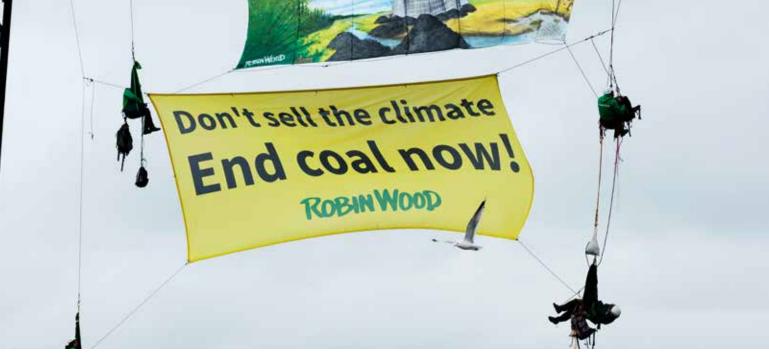
Ausblick

Ende Gelände war für die Klimabewegung ein sehr stärkendes Ereignis. Wir haben nicht einfach das letzte Jahr wiederholt, sondern haben uns weiterentwickelt. Die notwendige Drosselung des Kraftwerks hat Bewegungsgeschichte geschrieben. Noch nie zuvor wurde dies durch die bloße Anwesenheit von Aktivist*innen erreicht. Wir freuen uns riesig auf Ende Gelände 2017, wir möchten dabei aber nicht immer nur größer werden und in der Effektivität eine Schippe drauflegen, sondern die Eigenverantwortung und Organisierung stärken, so dass lokale Klimagruppen aktiv werden und *Ende Gelände* zu vielfältigen Aktionen gegen Klimaungerechtigkeit inspiriert. Schon alleine in den letzten Monaten haben viele weitere Blockaden und Demonstrationen stattgefunden.

Interventionistische Linke, Klima AG, Berlin kontakt@interventionistische-linke.de

Ein ausführlicherer Beitrag steht dazu im Internet unter: http://interventionistische-linke.org/beitrag/ende-gelaende-2016-eine-auswertung-deril-berlin





27. April 2016: AktivistInnen von ROBIN WOOD protestierten in Stockholm gegen den Verkauf der konzerneigenen Braunkohlesparte in Deutschland an einen tschechischen Investor...

Klimagerechtigkeit kommt von unten

Ein Gespräch mit zwei AktivistInnen über den Zustand der Welt, die notwendigen Veränderungen und ihr Engagement bei ROBIN WOOD

ROBIN WOOD: Kriege, millionenfache Flucht, das europaweite Aufstreben rechtspopulistischer Parteien – Warum ist Umweltund Klima-Aktivismus heute dennoch gefragt?

Christina Albrecht (CA): Viele der Probleme, Ungerechtigkeiten und Leiden in der Welt sind darin begründet, dass wir mit den begrenzten Ressourcen in dieser Welt nicht gut haushalten. Einige Wenige beanspruchen einen sehr hohen Lebensstandard mit hoher Mobilität, Wegwerfartikeln, ständiger Verfügbarkeit von Gütern und Dienstleistungen. Dieser Luxus geht einerseits direkt zu Lasten der anderen Menschen auf dieser Welt. Aber er zerstört auch die Lebensgrundlage zukünftiger Generationen, wie Böden, Wälder und Gewässer.

Die soziale Frage und Umweltthemen sind also stark miteinander verknüpft. Wenn wir im Hier und Jetzt Umweltschutz einfordern, verstehen wir das eben immer auch als Graswurzelarbeit für eine gerechtere Welt ohne Flucht, Krieg und soziale Ausbeutung.

? Seit mehreren Jahren seid Ihr bei ROBIN WOOD aktiv: Warum gerade ROBIN WOOD?

Christoph Podstawa (CP): Wegen der Aktionsorientierung! Wissenschaftliche Studien, Texte und Diskussionen gibt es zuhauf. Sie sind wichtig, reichen aber nicht aus. Ihr Tenor ist oft: "Unser" Lebensstil und die Wirtschaftsweise zerstören Lebensgrundlagen und verschärfen soziale Ungerechtigkeit weltweit. So weit, so bekannt. Ich habe Menschen und Gruppen gesucht, die nicht nur darüber reden, sondern auch politisch agieren wollen und bin bei ROBIN WOOD fündig geworden. Hier verknüpfen wir Umweltschutz immer auch mit sozialen Fragen – Umweltzerstörung und Landkonflikte sind, um ein Beispiel zu nennen, oftmals eben auch Fluchtursachen.

CA: Ich suchte 2007 nach einer lokalen politischen Gruppe, die gesamtgesellschaftlich aktiv ist und wirklich was verändern will. Die ROBIN WOOD-Gruppe in Braunschweig hat mir das geboten. Wir haben uns damals in unseren Fähigkeiten sehr gut ergänzt und außerdem konnten die Jungs echt gut kochen (lacht). Vielleicht erinnert sich noch der eine oder andere an die Skandale rund um das gescheiterte Atommülllager im Bergwerk Asse. Wir haben zur Skandalisierung der dortigen Zustände Einiges beigetragen.

? Hamburg, Lüneburg, Braunschweig – Ist ROBIN WOOD ein rein norddeutsches Phänomen?

CA: Nein, im Gegenteil. Auch nach meinem Umzug in den Süden habe ich dort leicht Anschluss an eine Regionalgruppe gefunden. Die überregionale, bundesweite Struktur von ROBIN



WOOD ist gegenüber ausschließlich lokal organisierten Gruppen ein großer Vorteil. Bei ROBIN WOOD haben mich letzten Endes aber die Themen überzeugt und die Möglichkeit, sehr viel selbst zu gestalten – sowohl vor Ort als auch bundesweit in den Fachgruppen.

? ROBIN WOOD, das sind zahlreiche lokale Zusammenhänge - sogenannte Regionalgruppen - und die Bundesgeschäftsstelle in Hamburg. Was bringt der Aktionsgemeinschaft diese Struktur?

CA: Die Regionalgruppen sind für mich das A und O. Für aufwändige Aktionen braucht es viele zupackende Hände, verschiedenste Fähigkeiten, vor allem aber auch Vertrauen zueinander. Das lässt sich nur in vielen persönlichen Treffen aufbauen. Zudem arbeite ich nicht gerne allein.

CP: Durch die bundesweite Struktur des Vereins bleiben wir nicht nur lokal verhaftet, sondern haben auch überregionale Themen auf dem Schirm. Wir sind so untereinander aber auch mit anderen Initiativen gut vernetzt.

? Und die Bundesgeschäftsstelle?

CA: Wenn es darum geht, komplexe Themenfelder zu recherchieren. Aktionsmaterialien vorzubereiten oder eine breite mediale Öffentlichkeit zu erreichen, finden Regionalgruppen hier Unterstützung. Und auch Verwaltungsarbeiten – im Ehrenamt ja nicht gerade Beschäftigungen erster Wahl – werden hier kompetent abgewickelt.

? "Regionalgruppenarbeit": trockene Sitzungen mit Geschäftsordnungsanträgen oder spektakuläre Kletteraktionen? Was bedeutet es konkret aktiv zu sein?

CP: Aktionen fallen nicht vom Himmel. Einer spektakulären Kletteraktion beispielsweise gehen viele Treffen voraus. Es müssen der Zeitpunkt gewählt, der Ort erkundet und die Aktiven mobilisiert werden. Aufgaben gilt es zu verteilen und Pressearbeit vorzubereiten. Unterstützung erhalten wir dabei aus der Geschäftsstelle. Dennoch bleiben wir für unsere Aktionen







... So einer spektakulären ROBIN WOOD-Kletteraktion gehen viele Treffen und sehr gute Planungen voraus

Aktiv werden? – ROBIN WOOD im Überblick

Darum geht's: Mit kreativen Aktionen und klaren Forderungen mischt sich ROBIN WOOD öffentlichkeitswirksam in und sozial gerechte Gesellschaft. Die Kampagnen-Schwerpunkte von ROBIN WOOD liegen in den Bereichen Wald,

Organisation: Bundesweit organisieren sich ROBIN WOOD-Aktive in zahlreichen Regionalgruppen – siehe auch robinwood.de/Regionalgruppen: An Orten, an denen keine Gruppen bestehen, sind Neugründungen möglich. Die Bundesgeschäftsstelle in Hamburg unterstützt die lokalen Gruppen

Pressearbeit und übernimmt Verwaltungsaufgaben. Über die wichtigen Anliegen des Vereins entscheiden die ehrenamtlich Aktiven basisdemokratisch.

Die themenspezifische Arbeit erfolgt überregional, unterstützt durch hauptamtliche Kräfte in Fachgruppen. Ziele, Inhalte und Forderungen der Aktivitäten im Fachgebiet werden dort diskutiert und im Konsens beschlossen.

Weitere Informationen über ROBIN WOOD gibt es im Internet unter robinwood.de. Kontakt: ROBIN WOOD-Bundesgeinfo@robinwood.de



selbst verantwortlich. Das ist mir persönlich wichtig. Bei ROBIN WOOD gibt es keine Chefs. Es gilt vielmehr: gelebte Basisdemokratie, statt Top-Down-Hierarchie. Die Gruppe entscheidet im Konsens. Sitzungen können zwar anstrengend sein, machen aber meistens riesigen Spaß. Hier treffen sich aktive Menschen und tauschen sich zu aktuellen spannenden Themen aus.

? Wann bräuchte es ROBIN WOOD nicht mehr?

CP: ROBIN WOOD kann ins Museum gestellt werden, wenn sowohl Lebensstil als auch Produktionsweisen die Grenzen und die Bedeutung der Umwelt respektieren. Wenn die erwirtschafteten Reichtümer gerecht verteilt und die Umwelt als unersetzliche Lebensgrundlage wertgeschätzt wird, braucht es ROBIN WOOD nicht mehr.

Doch bis dahin bleibt noch viel zu tun. Umwelt- und Klimagerechtigkeit müssen vor Ort erkämpft werden. Dafür sind wir weiterhin aktiv.

> Das Gespräch führte Philip Bedall, Energiereferent von ROBIN WOOD, energie@robinwood.de Tel.: 040 380892-21



Christoph Podstawa ist seit zwei gruppe Hamburg-Lüneburg aktiv. Das Aktionsklettern hat er dort erlernt und perfektioniert es noch immer. Aufmerksam wurde er auf ROBIN WOOD durch



Christina Albrecht ist in der ROBIN WOOD-Regionalgruppe Stuttgart und in der Fachgruppe Energie aktiv. Bei ROBIN WOOD begonnen hat sie 2007 in rend, mit inhaltlicher Arbeit zum Thema Atommüll oder auch mal schreibend.

energie 🎇

"Climate Justice how? – Die Klimagerechtigkeitsbewegung nach dem Pariser Abkommen"

Das Pariser Weltklimaabkommen vom Dezember 2015 formuliert ein hochambitioniertes Ziel: die Begrenzung der globalen Erwärmung auf 1.5-Grad. Wird dieses Ziel ernst genommen, so legt es eine klare Begrenzung der Menge, der ab dem heutigen Zeitpunkt global emittierten Treibhausgase fest. Der folgende Beitrag betrachtet den globalen klimapolitischen Status Quo kritisch: Wo stehen wir auf dem Weg zum 1.5-Grad-Ziel, was wäre erforderlich, um dieses Ziel zu erreichen, und was wird aktuell tatsächlich getan?

Der Text stellt den Auftakt einer Debattenreihe dar. Diskutieren wollen wir dort, welche Konsequenzen sich aus dem 1.5-Grad-Ziel und der aktuellen realen politischen Situation für die politische Praxis einer globalen Bewegung für Klimagerechtigkeit ergeben. Welche Ziele, Prioritäten und Forderungen sind für die Klimagerechtigkeitsbewegung aktuell angemessen?

Denn sie wissen nicht, was sie tun

Das 1.5-Grad-Ziel des Pariser Klimaabkommens fordert Politik und Umweltbewegung heraus, ihre bisherigen Ansätze radikal zu überdenken

"Jetzt ein 1.5-Grad-Ziel?

da beschlossen haben?"

Wissen denn die Delegierten

Als das sogenannte 1.5-Grad-Ziel im Dezember letzten Jahres auf der Klimakonferenz der Vereinten Nationen in den Vertrag von Paris aufgenommen wurde, war der Jubel groß im Lager der verletzlichen Staaten und ihrer UnterstützerInnen aus der NGO- und Think-Tank-Szene. Offen bleibt jedoch die Frage, wie diese Verschärfung der Ambition mit der realen politischen Situation in Einklang zu bringen ist.

Seit langem ist eine Forderung der kleinen Inselstaaten und anderer vom Klimawandel besonders betroffener Länder, aber auch vieler Umweltgruppen und WissenschaftlerInnen, die Grenze für "gefährlichen" Klimawandel auf 1.5 Grad abzusenken. Dass nun die Forderung, den Anstieg der globalen Erwärmung auf deutlich unter 2 Grad zu halten, und Anstren-

gungen zu unternehmen, die Erwärmung auf 1.5 Grad zu begrenzen, tatsächlich Eingang in den Vertrag von Paris gefunden hat, führte bei vielen Beteiligten zu Freuden- und NGO-Vertreter, was sie tränen – und zu neuer Hoffnung, dass ihre Belange nun endlich von der internationalen

Staatengemeinschaft ernst genommen würden.

Allerdings steigen die globalen Emissionen nach wie vor an, und wir befinden uns - ohne zusätzliche Klimaschutzanstrengungen – eher auf einem Erwärmungspfad Richtung 3 bis 4 Grad zum Ende des Jahrhunderts. Die bisher beim Klimasekretariat der Vereinten Nationen hinterlegten nationalen Klimaschutzabsichten (NDCs) bis 2030 führen bei Fortschreibung nach bisherigen Schätzungen zu etwa 2.5 bis 3 Grad Erwärmung, der Pfad zu 1.5 Grad wird mit diesen selbst auferlegten Zielen definitiv verlassen.

Nicht nur angesichts dieser Diskrepanz rieben sich insbesondere die mit Klimaschutzstrategien befassten Wissenschaft-

lerInnen ob des Ergebnisses von Paris verwundert die Augen. Bereits zur Veröffentlichung des fünften Sachstandsberichtes des Weltklimarates IPCC (Intergovernmental Panel on Climate Change) im Jahr zuvor tobte eine Diskussion darum, ob das 2-Grad-Limit überhaupt noch zu erreichen sei. Dem Weltklimarat, der dies bejaht, wurde vorgeworfen, seine Ergebnisse auf komplett unrealistische Annahmen sowie unausgereifte bzw. nicht-existente Technologien zu stützen. Und jetzt ein 1.5-Grad-Ziel? Wo zuvor schon das 2-Grad-Limit für wahlweise politisch tot oder technisch nicht machbar erklärt wurde? Wie kann das gehen? Wissen denn die Delegierten und NGO-VertreterInnen, was sie da beschlossen haben?

Jenseits aller Machbarkeits- und Kostendebatten ist es zunächst wichtig, die politische Wirkung des 1.5-Grad-Ziel anzuerkennen.

> Hier ist der Beschluss dieses Ziels an Bedeutung kaum zu überschätzen. Er zeigt, dass wissenschaftsbasierte Risikoanalyse nicht dem ökonomischen Kalkül der großen Emittenten geopfert wird. Er soll signalisieren, dass das Existenz-

recht der kleinen Inselstaaten nicht zur Verhandlung steht und nicht zuletzt, dass das 2-Grad-Limit eine obere Schranke ist, die nicht erreicht werden darf. "Deutlich unter 2 Grad" schließt viele bisherige Pfade aus, die 2 Grad mit nur 50-prozentiger Wahrscheinlichkeit oder mit einem deutlichen "overshoot" (also der temporären Überschreitung von 2 Grad) erreichen würden. Es betont die Dringlichkeit sofortigen und umfassenden Handelns und macht klar: Abwarten kann keine Option sein.

So begrüßenswert das 1.5-Grad-Ziel also sowohl aus politischer Sicht als auch vom Standpunkt der Schadensbegrenzung und Risikominimierung ist, muss aber doch die Frage gestellt



werden, welche Konsequenzen sich aus diesem verschärften Anspruch ergeben. Nach dem sogenannten "Budget-Ansatz" besteht eine quasi-lineare Beziehung zwischen dem insgesamt seit der Industrialisierung ausgestoßenen Kohlendioxid (kumulative Emissionen) und dem Temperaturanstieg im Klimasystem. Ausgehend von den Zahlen des IPCC dürften für eine Zwei-Drittel-Chance, die Erwärmung unter 1.5 Grad zu halten, ab 2016 global noch etwa 200 Milliarden Tonnen Kohlendioxid (Gt CO₂) ausgestoßen werden. Gemessen an den heutigen Emissionen von jährlich knapp 40 Gt CO₂ sind das noch etwa

fünf Jahre. Sämtliche danach anfallenden Emissionen müssten durch die Verwendung sogenannter Negativemissionstechnologien wieder aus der Atmosphäre entfernt

"Fünf weitere Jahre mit den heutigen Emissionen und wir werden das 1.5-Grad-Ziel wohl sicher überschreiten."

werden. Beim 2-Grad-Limit verbleiben bei gleicher Wahrscheinlichkeit immerhin noch etwa 800 Gt CO₂ – auch das ist mitnichten komfortabel.

Schon die Annahmen, die den derzeit diskutierten 2-Grad-Szenarien zu Grunde liegen, sind extrem ehrgeizig, was die Ausbaugeschwindigkeit von Erneuerbaren Energien, Effizienzgewinne und nicht zuletzt politische Umsetzung und globale Kooperation angeht. In vielen Modellen wird zudem aus Gründen der Kostenoptimierung eine weitreichende Nutzung der umstrittenen CCS-Technologie (Carbon Capture and Storage: Kohlendioxidabscheidung und Speicherung) zugrunde gelegt. Bei den 2-Grad-Szenarien im letzten Bericht des Weltklimarats sind dies zwischen 15 und 35 Gt CO₂ im Jahr 2100, die zunächst zur "klimafreundlichen" Nutzung fossiler Energieträger und später zur Erzeugung negativer Emissionen eingesetzt werden

Nun kann man an den komplexen Computer-Modellen, die diesen Szenarien zugrunde liegen, vieles in Frage stellen: Inwiefern geben sie die möglichen Ausbaupfade bei Erneuerbaren Energien realistisch wieder? Sind sie ökonomisch für die Problematik überhaupt geeignet? Wie sinnvoll ist der Ansatz der globalen Kostenoptimierung? Und werden die Möglichkeiten berücksichtigt, die in gesellschaftlichem Wandel hin zu nachhaltigeren Konsummustern stecken? Noch grundsätzlicher

könnte man fordern, die Modelle müssten technologische oder gesellschaftliche Brüche miteinbeziehen, das Wachstumsparadigma überwinden lose Umbaugeschwindigkeit und Verteilungsfragen adressieren.

Dies alles sind wichtige Punkte, die in der wissenschaftlichen Literatur und der politischen Öffent-

lichkeit mittlerweile ansatzweise diskutiert werden. An dem fundamentalen Problem, dass wir das CO₂-Budget für 1.5 Grad so gut wie aufgebraucht haben, führt diese Debatte allerdings nicht vorbei. Das CO₂-Budget ergibt sich aus grundsätzlichen, physikalischen Zusammenhängen im Erdsystem – und die sind weder von unserem Wirtschaftssystem noch von den ökonomischen Modellen abhängig.

Werfen wir also einen kurzen Blick auf die bereits erwähnten sogenannten Negativ-Emissionstechnologien, die für die gängigen 2-Grad-Szenarien ebenso bedeutend sind wie für die 1.5-Grad-Szenarien unumgänglich: Am weitesten verbreitet

ist neben der Schaffung von sogenannten Senken, also das Aufforsten, Wiedervernässen von Feuchtgebieten, Verbessern des Humusgehalts landwirtschaftlicher Böden etc., die Kombination von Bioenergie mit Kohlendioxidabscheidung und Speicherung (BECCS). Die dafür in den Modellen vorgesehenen Landflächen sind teilweise immens und stehen daher in direkter Konkurrenz zur Lebensmittelproduktion. Großmaßstäbliche Landnutzungsprojekte sind zudem oft mit Eigentumskonflikten verbunden, der Verdrängung von KleinbäuerInnen oder Indigenen, steigenden Bodenpreisen sowie Konflikten um

> den Zugang zu Wasser. Andere Technologien, wie "direct air capture" (der Entzug von CO₂ aus der Luft durch chemische Verfahren plus CCS), "enhanced weathering" (die Nutzung von Verwitterungsprozessen bei Gesteinen) oder Ozeandüngung weisen ebenfalls Risiken auf, sind

aufwändig, unausgereift und teilweise sehr teuer. Eine nachhaltig umsetzbare Technofix-Option ist derzeit nicht in Sicht. Obwohl die Debatte um negative Emissionen nicht unbedingt neu ist, scheint sie sich nur sehr langsam ihren Weg in die Umweltbewegung zu bahnen. Spricht man mit deren Vertreterlnnen, so scheint die Einstellung vorzuherrschen, 100 Prozent Erneuerbare Energien würden alle Probleme lösen. Doch das ist nur die halbe Wahrheit.

Tatsächlich ist die globale Energiewende momentan – neben dem Stopp der Entwaldung in den Tropen – das dringendste politische Projekt, und erneuerbarer Strom wiederum ist die Voraussetzung für die Dekarbonisierung vieler anderer Sektoren wie Gebäude oder Verkehr. Den kostspieligen und politisch fatalen lock-in: also die langfristige Festlegung auf fossile Technologien aufgrund hoher Investitionen in langlebige Infrastruktur wie Kohlekraftwerke, Gaspipelines oder Ölplattformen, gilt es unbedingt zu vermeiden. Ähnliche Problematiken gibt es auch im Städtebau und bei Verkehrskonzepten.

Dabei sind die Herausforderungen für eine globale Wende im Energie- und Infrastrukturbereich gewaltig – selbst wenn die Industrieländer sich zu ehrgeizigen Dekarbonisierungsplänen entschließen würden: In den nächsten 12 bis 15 Jahren werden etwa eine Milliarde Menschen vom Land in die Städte

"Erforderlich ist eine beispiel-

in sämtlichen Bereichen, nicht

nur im Energiesektor."

ziehen: etwa drei Viertel von ihnen im globalen Süden. Gleichzeitig haben vor allem in Afrika und Südasien immer noch 1,2 Milliarden Menschen keinen Zugang zu Elektrizität,

und 2,7 Milliarden sind auf Biomasse zum Kochen angewiesen. Gerade die Regierungen schnell wachsender Entwicklungsund Schwellenländer setzen zur Energieversorgung auch auf die vermeintlich billigen fossilen Ressourcen.

Die Verbrennung fossiler Energieträger ist derzeit für etwa zwei Drittel der globalen Treibhausgas-Emissionen verantwortlich. Das 100 % Erneuerbare-Lager vernachlässigt zum Teil, dass nicht nur der Energiesektor, sondern sämtliche treibhausgasintensiven Wirtschaftszweige und Gesellschaftsbereiche für das 1.5-Grad-Ziel quasi mit sofortiger Wirkung umgebaut



werden müssten. Dabei gibt es Bereiche, in denen die Entstehung von Emissionen selbst mit 100 Prozent erneuerbarer Energieerzeugung nicht vermeidbar ist. Dies ist z.B. die Landwirtschaft, in der Methan und Stickoxide aus Düngung und Tierhaltung freigesetzt werden. Aber auch in der Industrie gibt es sogenannte Prozess-Emissionen, die sich zumindest

nach heutigem Kenntnisstand nicht vermeiden lassen, etwa in der Zement- oder Stahlherstellung. Für Deutschland machen diese "unvermeidbaren" Emissionen zur Zeit etwa 14 bis 15 Prozent der Treibhausgasbilanz aus. Wenn also

"Die Umweltbewegung wird sich früher oder später mit der Notwendigkeit negativer Emissionen auseinandersetzen müssen."

Klimaneutralität hergestellt werden soll, ohne bestimmte Aktivitäten grundsätzlich einzustellen, müssten solche Emissionen durch den Entzug von ${\rm CO_2}$ aus der Atmosphäre ausgeglichen werden.

Um das 1.5-Grad-Budget nicht zu überschreiten, müsste eine beispiellose Umbaugeschwindigkeit an den Tag gelegt werden. Bei Annahme linearer Reduktion müssten die globalen Emissionen ab sofort kontinuierlich um 10 Prozent pro Jahr sinken – und dies bei zugleich steigender Weltbevölkerung, anhaltendem Wirtschaftswachstum und einem nicht unerheblichen industriellen Einsatz für den Aufbau einer erneuerbaren Infrastruktur. Selbst der Zerfall der Sowjetunion und der nachfolgende Zusammenbruch der dortigen Industrie führte zwischen 1990 und 1995 zu "nur" 5 bis 6 Prozent Emissionsrückgang pro Jahr. Im Gegensatz dazu liegen die höchsten je beobachteten langfristigen Reduktionen der Treibhausgasemissionen bei funktionierenden Volkswirtschaften in der Größenordnung von jährlich 1,5 bis 2 Prozent.

Diese Zahlen zeigen das enorme Ausmaß der Herausforderung, vor der wir stehen. Insbesondere wenn die mit der Dekarbonisierung verbundene gesellschaftliche Transformation mit angemessener politischer Partizipation und sozialer

Abfederung einhergehen soll, wird dieser Prozess nicht in der gebotenen Schnelligkeit zu machen sein. Das heißt leider auch, dass die wünschenswerte Stabilisierung der Erwärmung bei 1,5 Grad selbst im Falle einer globalen "Superenergiewende" kaum ohne die großmaßstäbliche Nutzung von Technologien zum Entzug von CO₂ aus der Atmosphäre zu haben sein wird.

Negativemissionstechnologien bringen jedoch ganz eigene Risiken mit sich. Eine Debatte um "1.5 versus 2 Grad" ist dabei wenig zielführend, denn in beiden Fällen ist die anstehende politische Aufgabe die schnellstmögliche Umsetzung einer globalen Dekarbonisierung. Deren Dringlichkeit

wird mit dem Anspruch, die globale Erwärmung auf maximal 1,5 Grad zu begrenzen, nur noch deutlicher. Trotzdem wird sich die Umweltbewegung früher oder später mit der Notwendigkeit negativer Emissionen auseinandersetzen müssen.

Gerrit Hansen hat zu beobachteten Klimawandelfolgen promoviert und am fünften Sachstandsbericht des Weltklimarats IPCC mitgewirkt. Sie arbeitet als Referentin für internationale Klimaschutzpolitik bei einer deutschen NGO.Gerrit.hansen@alumni.tu-berlin.de

Zum Weiterlesen:

Carbon Brief November 2014. http://www.carbonbrief.org/ six-years-worth-of-current-emissions-would-blow-the-carbonbudget-for-1-5-degrees

UNFCCC (2016). Aggregate effect of the intended nationally determined contributions: an update. Synthesis report by the secretariat. FCCC/CP/2016/2. http://unfccc.int/resource/docs/2016/cop22/eng/02.pdf

Smith et al. 2015. Biophysical and economic limits to negative CO₂ emissions. Nature Climate Change 6, 42-50. Tollefson, J. 2015. Is the 2 °C world a fantasy? http://www.nature.com/news/is-the-2-c-world-a-fantasy-1.18868



Glyphosat -

ein gesundheitspolitischer Skandal

"Glyphosat ist eine

echte Gesundheitsgefahr"

Mitte der siebziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts ist Glyphosat als phantastischer Unkrautvertilger auf den Markt gekommen – phantastisch, weil es radikal jedes Kraut und jedes Unkraut vernichtet. Beliebt ist das weltweit am meisten benutzte Herbizid nicht nur, weil es mühsames Pflügen und Eggen zur Freihaltung der Böden erspart, sondern auch, weil es beim Einsatz kurz vor der Ernte die Reife der Anbauprodukte beschleunigt und somit eine frühere Ernte und genauere Planung der Arbeitsprozesse ermöglicht. Es ist also wie geschaffen für die industrielle Landwirtschaft. Beliebt ist es auch bei internationalen Chemiekonzernen in aller Welt, weil es Milliardengewinne bringt: Vor allem beim amerikanischen Chemie-Multi Monsanto, der passend zum Totalherbizid auch genmanipuliertes Saatgut für Mais und Soja im Angebot hat.

Ins Gerede kam Glyphosat im Mai 2015, als die Internationale Agentur für Krebsforschung (IARC) der Weltgesundheitsorganisa-

tion (WHO) eine Monographie ankündigte, in der Glyphosat als "wahrscheinlich krebserzeugend" beim Menschen klassifiziert wurde. Die IARC diskutiert in Monographien, ob bereits veröffentlichte wissenschaftliche Studien ausreichend Belege bieten, um eine Substanz als "unzureichende Daten bzw. nicht krebserzeugend beim Menschen", "möglicherweise krebserzeugend", "wahrscheinlich krebserzeugend" oder "sicher krebserzeugend" beim Menschen einzustufen. Nach Auffassung der WHO belegen die ausgewerteten

Warum haben wir Glyphosat im Körper Friends of the Earth, das mweltnetzwerk des BUND, hat in 6 Ländern Europas Urinproben suchen lassen. Die Zahlen zeigen W MALTA 90% BELGIEN 55% R LINGARN 30% # DEUTSCHI END TON. LETTLAND A OSTERREICH 20% GROBERITANNIEW TOTAL # GEORGIEN 20% OX ZYPERM 50% KROATIEN ACT S SCHWEIZ 17% 44 NUEDERLANDE 53% E SPANIEN 40% SULGARIEN 10% FRANCREICH 30% MAZEDONIEN IDE

Studien, dass Glyphosat eine Vielzahl verschiedener Tumore hervorrufen kann und dieses umso häufiger, je höher die verabreichte Glyphosat-Dosis war. In epidemiologischen Studien fand die IARC deutliche Hinweise darauf, dass Menschen, die beruflich mit Glyphosat in Berührung gekommen sind, also vor allem Landwirte, ein erhöhtes Erkrankungsrisiko für einen bösartigen Lymphdrüsenkrebs, dem Non-Hodgkin-Lymphom, haben. Brisant ist die Einstufung als "wahrscheinlich krebserregend" deswegen, weil die europaweite Zulassung des Pflanzengiftes Ende 2015 auslaufen sollte und das deutsche Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR) bereits Ende 2014 einen 4.000-seitigen Antrag für eine Verlängerung um fünfzehn Jahre der EU-Zulassung gestellt hatte. Das BfR kam zu der Einschätzung, dass "bei bestimmungsgemäßen Gebrauch" das Un-

krautgift keine Gesundheitsgefahr für den Menschen darstellt. Wie ist dieser offenkundige Widerspruch zwischen den Einschätzungen einer

renommierten Krebsforschungsorganisation der WHO und einer deutschen Bundesbehörde möglich?

Ein Blick in die Akten liefert die Erklärung: Bei der Beurteilung der Tierversuche finden sich in den meisten Studien, bei denen die WHO-WissenschaftlerInnen den Nachweis von verschiedenen Krebsarten gefunden hatten, diese Krebserkrankungen nicht mehr. Bei den epidemiologischen Studien allerdings hatten die anonymen Antragsteller sich eine kaum vorstellbare Dreistigkeit geleistet: Dort waren praktisch alle Studien als vollkommen unbrauchbar ("not reliable") und als wissenschaftlicher Müll erklärt worden, weil angeblich wesentliche Daten nicht abgefragt worden wären: Beispielsweise sei nicht gefragt worden, ob die Probanden überhaupt mit Glyphosat in Berührung gekommen wären, ob sie geraucht hätten und welche Vorerkrankungen vorgelegen hätten.

Wären diese Vorwürfe wirklich berechtigt, hätten diese Studien niemals veröffentlicht werden dürfen. Ein kurzer Blick in die Publikationen zeigt: Alle diese Vorwürfe sind frei erfunden.

Man fragt sich natürlich: Wie kann eine dem Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft untergeordnete Bundesbehörde sich derartige Fälschungen erlauben? Ein zweiter Blick ins Kleingedruckte zeigt allerdings, dass die Fälscherbande nicht im Bundesinstitut für Risikobewertung sitzt, sondern in einer internationalen Kooperation von

3

Chemie-Konzernen: der Glyphosat Task Force. Dort finden sich unter der Führung von Monsanto Chemiekonzerne aus Fernost, Indien, Israel und Europa. Ihre Aufgabe war es, das BfR mit einer Antragsvorlage für die Verlängerung der EU-Zulassung auszustatten. Offenkundig haben die MitarbeiterInnen des BfR alle Fälschungen unkommentiert gelassen und – so wollen es die EU-Vorschriften – an die EU-Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) in Parma, Italien, weiter gereicht. Diese Behörde konsultierte alle EU-Mitgliedsstaaten, und alle außer Schweden nickten die Fälschungen der Chemie-Giganten ab.

Dabei hätten schon die MitarbeiterInnen des BfR gewarnt sein müssen: Bei der Anhörung im Landwirtschaftsausschuss des Bundestages zur Gefährlichkeit von Glyphosat im September 2015 hatten vier unabhängige Sachverständige – zwei aus den USA, eine aus Brasilien und einer aus Deutschland – auf die Fälschungen hingewiesen. In einem offenen Brief an den EU-Gesundheitskommissar Andriukaitis hatten 94 internationale ExpertInnen detailliert die Fälschungen und Verfälschungen der wissenschaftlichen Publikationen offengelegt. Der einzige Kommentar des BfR zu diesem mittlerweile publizierten Brief war, die Vorwürfe hinsichtlich der krebserzeugenden Wirkung von Glyphosat seien "nicht nachvollziehbar".

Mittlerweile haben die EU-Mühlen eine weitere Umdrehung genommen: Bei einer Abstimmung unter den EU-Staaten gab es keine Mehr-

den EU-Staaten gab es keine Mehrheit für eine Verlängerung der Zulassung des Pflanzengiftes, weil Frankreich, Italien und Deutschland sich enthielten. In Deutschland hatte das von Barbara Hendricks geführte Umweltministerium die anderen SPD-geführten Bundesmini-

sterien von den möglichen Gesundheitsgefahren überzeugt.

"Die Strategie ist:

vertuschen und

schweigen"

Wie es weitergehen wird, ist noch unklar. Denkbar wäre, dass die EU-Kommission sich über die Bedenken einiger Staaten hinwegsetzt und möglicherweise die Genehmigung für weniger als 15 Jahre erteilt – vielleicht sogar nur für eineinhalb Jahre.

Was bedeutet aber Glyphosat für die Gesundheit in Deutschland und in Europa? Die Ergebnisse des Krebsforschungszentrums der WHO sind so ernst zu nehmen, dass von einer echten Gesundheitsgefahr für die Bevölkerung ausgegangen werden muss. Es ist anzunehmen, dass bereits ca. 5.000 Männer und Frauen in Deutschland durch Glyphosat an Lymphdrüsenkrebs erkrankt sind. Dieser Krebs ist kein Schnupfen: Trotz einer sehr aggressiven Chemotherapie sind innerhalb von fünf Jahren 35 bis 40 Prozent der Erkrankten bereits verstorben.

Nicht nur Landwirte und KleingärtnerInnen, die mit dem Pflanzengift hantieren, sind in Gefahr, sondern Glyphosat wird auch über Nahrungsmittel wie Brotgetreide aufge-



Glyphosat ist das beliebteste Herbizid, das massenhaft auf unsere Äcker gespritzt wird und im dringenden Verdacht steht krebserregend zu sein

nommen und ist bereits bei einem hohen Prozentsatz der Bevölkerung im Urin nachweisbar – mit steigender Tendenz.

Wer zieht die Verantwortlichen in Deutschland und in Europa zur Verantwortung? Das Bundesinstitut für Risikobewertung verweigert sich jeder Diskussion, sei es bei Anfragen von JournalistInnen oder WissenschaftlerInnen. Das Bundesministerium für Gesundheit schweigt und verweist an das Landwirtschaftsministe-

rium. Das wiederum verweist auf die Unabhängigkeit des Bundesinstituts für Risikobewertung. Bliebe vielleicht ein parlamentarischer Untersuchungsausschuss des Bundestages. Dort können auch Behördenchefs geladen und zur Aussage unter Eid gezwungen werden. Fragt sich nur, ob sich genug ParlamentarierInnen finden, die einen solchen Ausschuss beantragen.

Die bereits durch Glyphosat erkrankten Patientlnnen und die Bevölkerung würde es ihnen danken. Die Chemiegiganten werden alles versuchen, um eine solche Aufklärung zu verhindern.

Prof. Dr. med. Eberhard Greiser, emeritierter Professor für Epidemiologie und medizinische Statistik SOCIUM – Universität Bremen

Nachtrag: Am 29. Juni 2016 verlängerte die EU-Kommission die Zulassung für Glyphosat um 18 Monate. Die Mitgliedsstaaten können freiwillige nationale Beschränkungen für den Einsatz des Herbizids erlassen, die dann allerdings nur für öffentliche Flächen gelten werden – in Deutschland gibt es diese Beschränkungen bereits in jedem zweiten Bundesland. In den nächsten18 Monaten soll die EU-Chemikalienagentur ECHA eine endgültige Einschätzung zur Krebswirksamkeit geben. (Quelle: taz vom 29.6.16)



Aqua steht für Wasser und Ponic für Pflanze und das Prinzip der Anlage ist denkbar einfach: Die Fische reichern das Wasser in ihrem Becken mit Nährstoffen an, mit dem dann das Gemüse gedüngt wird

Tomate plus Fisch = **Tomatenfisch**



Karpfen liefern den Dünger für die Aguaponic-Anlage: Sie bekommen ausschließlich gesundes Kornfutter

Ein neues Verfahren könnte unsere Nahrungsmittelproduktion nachhaltig revolutionieren: AQUAPONIC. Produzieren lässt sich damit im ganz großen, aber auch im ganz kleinen Stil. Auf großen Brachflächen und im kleinsten Hinterhof.

Ulrich Dietrich, Vorsitzender des Vereins "Arche Noah" und Leiter des Arche-Naturschutzzentrums im westfälischen Menden, macht es seinen jungen BesucherInnen nicht leicht. Gerade hat er angehenden Erzieherinnen und Erziehern einen Fragebögen ausfüllen lassen. Anhand der Antworten lässt sich errechnen, welchen CO₂-Fußabdruck sie haben. Auf einer Skala von 2,4, das wäre super, bis 5,7, sehr bedenklich, landen viele der jungen Leute jenseits der vier. Flüge treiben die Zahl in die Höhe, aber auch ein übersteigerter Konsum. Noch

nachdenklicher werden die ErzieherInnen bei der Zahl, die ihnen Ulrich Dietrich anschließend mit auf den Weg gibt: "Siebzehn Prozent der Weltbevölkerung verbrauchen 80 Prozent aller Ressourcen." Und vollkommene Sprachlosigkeit breitet sich aus, als sie raten sollen, wie viel Wasser es braucht, um einen Hamburger herzustellen. Zwei Liter? 50 Liter? "Sage und schreibe 2.400 Liter Wasser", unterstreicht Ulrich Dietrich.

In diesem Stil könnte der Leiter der "Arche Noah" noch stundenlang weitermachen. Aber das tut er nicht. Stattdessen führt er den jungen Leuten ganz praktisch vor, wie die Wirtschaft der Zukunft ressourcenschonend produzieren könnte. Dafür hat er in einem Anbau eine Aquaponic-Anlage gebaut. Aqua steht für Wasser und Ponic für Pflanze. Die unscheinbare Anlage besteht aus



einem kleinen Fischbecken, in dem munter kleine Karpfen herumschwimmen. Zur Anlage gehören ein grober Filter, ein zweiter Filter mit Mikrobakterien, eine Platte, in denen kleine Töpfchen mit Sämlingen stecken und ein Kiesbecken, in dem allerlei Grünzeug gedeiht: Basilikum und Petersilie, kleine Chilis und große Paprika, Tomaten, Stielmus, Rote Beete, Zucchinis, Gurken und Feldsalat. Eine Pumpe und ein paar Rohre vervollständigen das Ensemble.

Die Funktionsweise der Anlage ist denkbar einfach: Die Fische schwimmen in ihrem Becken, werden mit gesundem Kornfutter gefüttert und reichern das Wasser mit Nährstoffen an. Das Wasser wird gefiltert. Bakterien wandeln Ammonium und Ammoniak aus den tierischen Ausscheidungen in Nitrat um – ein idealer Pflanzendünger. Mit diesem nährstoffreichen Wasser werden anschlie-

"Ein Kreislauf ohne

kamente."

großen Wasserverlust,

ohne Chemie und Medi-

Bend die Pflanzen im Kiesbecken geflutet und das überlaufende Wasser zurück in den Fischtank geleitet. "Ein Kreislauf ohne großen Wasserverlust,

Chemie und Medikamente. Und der nicht zum Verzehr geeignete Anteil am Grünzeug verspeisen dann gerne wieder die Fische", erklärt Ulrich Dietrich.

Schätzungen zufolge können mit den Nährstoffen aus dem anfallenden Abwasser bis zu sieben Kilogramm Gemüse erzeugt werden. Ein abgeschlossenes System, das vor negativen Umwelteinflüssen gut geschützt ist.

"Aber das Beste daran ist: Das Gemüse schmeckt ganz exzellent. Viel besser und intensiver als alles, was unsere Supermärkte hergeben", schwärmt Ulrich Dietrich. Unterm Strich hat der gelernte Straßenbaumeister gerade mal 1.000 Euro für die selbst gebaute Anlage bezahlt. Demnächst soll eine Solarthermie-Anlage dazukommen, damit auch Fische gezüchtet werden können, die sehr viel wärmeres Wasser brauchen. "Aber da steht die Finanzierung noch nicht!", erklärt er.

Allein im Jahr 2014 hat Ulrich Dietrich mehr als 6.000 Kinder und 500 Erwachsene durch seine kleine Anlage geführt.

Er glaubt, dass Aquaponic-Anlagen die Nahrungsmittelerzeugung revolutionieren wird

Mit dieser Ansicht steht der Umweltaktivist nicht alleine da. Bereits seit einigen Jahren forschen die ExpertInnen an der Fachhochschule Südwestfalen in Soest in Zusammenarbeit mit anderen Forschungsstandorten an der boden-, klima- und umweltschonenden Produktionsweise. Das Leibniz-Institut für Gewässerökologie und Binnenfischerei (IGB) in Berlin hat das Verfahren ASTAF-PRO entwickelt und bereits patentieren lassen. Fachleute arbeiten in dem von der Europäischen Union geförderten Projekt INAPRO daran, das Verfahren "Tomatenfisch" technisch zu optimieren und für die Praxis tauglich zu machen. In einem Grußwort an das Institut erklärt Dr. Karl Eugen Huthmacher, Abteilungs-

leiter Zukunftsvorsorge, Forschung

für Grundlagen und Nachhaltigkeit des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF), warum Aquaponic ein Verfahren mit großer

Zukunft sein könnte: "Wir müssen neue Wege beschreiten, um unsere Nahrungsproduktion nachhaltiger zu gestalten. Nur so kann unsere Lebensqualität bewahrt und gleichzeitig in den Entwicklungs- und Schwellenländern erhöht werden. Das vom IGB durchgeführte und vom BMBF finanzierte Tomatenfisch-Projekt zur nachhaltigen Ernährung ist ein leuchtendes Beispiel dafür, wie Wissenschaft und Forschung unverzichtbare Hilfe hierbei leisten. Urban Farming, die zukunftsweisende Landwirtschaft, funktioniert auch mitten in unserer städtischen Gesellschaft." Und nicht nur dort. Biologe Werner Kloas lässt sich in der "Welt" im April 2014 mit den Worten zitieren: "Unsere Technologie kann zur Lebensmittelsicherheit im 21. Jahrhundert einen wichtigen Beitrag leisten."

Längst hat die Wirtschaft Aquaponic entdeckt – gerade in städtischen Milieus. In Berlin etwa betreibt die Schweizer Firma "Urban Farmers" auf dem Gelände einer ehemaligen Malzfabrik eine Aguaponic-Anlage in einem ausgemusterten Überseecontainer, den die Betreiber liebevoll "Rostlaube" nennen. Schon jetzt können sich Experten vorstellen, dass bald bisher nicht genutzte städtische Freiflächen oder Gebäudedächer für Aquaponic-Anlagen genutzt werden könnten. Und ein paar Interessierte, die im eigenen Garten eine kleine Aquaponic-Anlage betreiben, gibt es auch schon. Innovativ, unkonventionell, ressourcenschonend und relativ unkompliziert. Kein Wunder, dass die neue Produktionsweise Schule macht. Neu ist das Konzept allerdings nicht wirklich. Seit vielen Hundert Jahren leben im Süden Chinas Fische auf überfluteten Reisfeldern.

Annette Lübbers, Kontakt: annette@ luebbers-journalistin.de



Ulrich Dietrich, Leiter des Arche-Naturschutzzentrums im westfälischen Menden, hat sich für nur 1000 Euro seine eigene Aquaponic-Anlage gebaut



KONZERN, MACHT, PROTEST.

Öffentlichkeitswirksame Proteste gegen Großprojekte sind für Investor*innen und Projektentwickler*innen ein schlecht einzuschätzendes Risiko. Neben der klassischen Lobbyarbeit haben sie neue Strategien entwickelt, um Proteste und deren Argumente möglichst zu neutralisieren: Sie schaffen selbst oder unterstützen Bürgerinitiativen, die in ihrem Sinne tätig sind. So wird das Prinzip David-gegen-Goliath ausgehebelt, da Bürgerinitiative gegen Bürgerinitiative steht.

Solchen und ähnlichen Sachverhalten widmen sich die Autor*innen des Tagungsbandes: "Konzern. Macht. Protest. Über künstliche Bürgerinitiativen". Anhand von Fallbeispielen werden Strategien dieser Form des Protestmanagements veranschaulicht.

Formen des Protestmanagements, mögliche Gegenstrategien und einen Ansatz zur Differenzierung der Phänomene dieses



neuen Grassroot-Lobbyismus sammelt der Tagungsband, der im Mai 2016 in der Reihe Materialien der Rosa Luxemburg Stiftung erschienen ist. Die Beiträge des Bandes sind zugleich Dokumentation und Vertiefung der Vorträge, Workshops und Diskussionen der

Tagung "Wenn Konzerne den Protest managen...".

Der Band wurde am 26. Mai im Rahmen eines Bewegungsgespräch im taz Café mit Ute Bertrand (ROBIN WOOD), Christina Deckwirth (Lobby Control) und Daniel Häfner (Forschungszentrum für Umweltpolitik und ROBIN WOOD) erstmals vorgestellt. Das Gespräch stand ganz unter der Nachwirkung der Anti-Kohle-Proteste in der Lausitz. Die Aktionen von Ende Gelände und die Kampagne der Kohlebefürworter, verortet im Verein Pro Lausitzer Braunkohle, verdeutlichten geradezu exemplarisch die Situation echte versus künstliche Bürgerinitiative. Ende Gelände wurde schon im Vorfeld der Proteste durch eine Kampagne von Pro Lausitzer Braunkohle e.V. in den Kontext Gewalt und Einmischung gestellt. Das Anliegen der Proteste wurde dadurch medial kaum zur Kenntnis genommen, das Thema Gewalt dominierte – nicht nur in den lokalen, sondern auch in den überregionalen Medien.

Im zweiten Teil des Tagungsbandes wird auf die Gefahr hingewiesen, dass Unternehmen und Politik mit Beteiligungs- und Einbindungsverfahren, die Anliegen der sozialen Bewegung im eigenen Interesse kanalisieren wollen. Am Schluss geht es um mögliche Gegenstrategien und Projekte wie Lobbypedia, Sourcewatch und Klima-Lügendetektor, die mehr Transparenz in den Lobbydschungel bringen wollen.

Daniela Schmidtke, Linke Medienakademie

Häfner, Daniel (Hg.) 2016: Konzern. Macht. Protest. Über künstliche Bürgerinitiativen. Materialien #16. Rosa Luxemburg Stiftung. www.rosalux.de/publication/42344











Schutz für den Great Bear Rainforest?

Sind jetzt wirklich 85 Prozent des Great Bear Rainforests an der Westküste von Kanada geschützt?

Betreff: "Ein großer Erfolg für den Great Bear Rainforest", Magazin Nr. 129/2.2016

85 Prozent geschützter Regenwald klingt zunächst sehr beeindruckend, ob diese Zahl auch hält, was sie verspricht? Nicht alle Waldflächen, die hier zusammenaddiert wurden. werden durch das verabschiedete Abkommen gleich gut geschützt. Die Schutzgebiete umfassen nur 42 Prozent des Waldgebietes, der Rest soll durch eine Verordnung des Forstminsteriums vor dem Einschlag bewahrt werden. Ob diese Verordnung und das in der Praxis noch nicht ausreichend erprobte Ecosystem Based Management (EBM) wie geplant zu einem langfristigen Schutz führen wird, bleibt für mich fraglich. Diesem liegt eine komplizierte Berechnung mit prozentual zu schützenden Waldanteilen von einzelnen Ökosystemtypen zugrunde, aber bisher fehlt noch die Verortung dieser Gebiete in der Fläche.

Eine Verordnung kann viel einfacher geändert werden als ein gesetzlich geschütztes Gebiet. Auch in den Schutzgebieten besteht nicht überall Gewissheit, dass der Urwald wirklich erhalten bleibt. In den sogenannten "Biodiversity Areas" zum Beispiel wird vor industrieller Forstwirtschaft geschützt, aber

Es ist besonders sinnvoll, unberührte Täler mit noch vorhandenen 1000-jährigen Urwaldriesen komplett zu erhalten



für Rohstoffabbau oder andere wirtschaftliche Vorhaben kann der Wald auch in Zukunft zur Abholzung freigegeben werden. Die Zahl von 85 Prozent beinhaltet nicht nur Urwaldbereiche, sondern auch solche, auf denen erst im Laufe der nächsten 250 Jahre wieder "Urwald" entstehen sollen. Aus den veröffentlichten Zahlen geht nicht hervor, wie viel Urwald eigentlich noch erhalten ist und wie viel davon unter Schutz gestellt bzw. abgeholzt wird.

Aus Naturschutzsicht ist es besonders sinnvoll, unberührte Täler mit noch vorhandenen 1000-jährigen Urwaldriesen komplett zu erhalten und hier keinen forstwirtschaftlichen Straßenbau oder partiellen Holzeinschlag zuzulassen.

Der Verein Pacificwild schrieb am 8. Februar 2016 in seiner Pressemitteilung "Preserving the Great Bear Rainforest doesn't really save the bears" zum neuen Abkommen: "Under the deal, 85 per cent of the Great Bear Rainforest is to be protected and only 15 per cent cut. But Mr. McAllister said that 15 per cent is all low-elevation old growth – the biggest and the best of the forest. If the coastline has a heart, those low-elevation forests would be it, he said." (www.pacificwild.org) Es wird sich erst zukünftig zeigen, ob alle Hoffnungen, die mit diesem Abkommen verbunden sind, auch in Erfüllung gehen.

Maren Milsmann

Jetzt geschützt: 44 Naturschutzgebiete mit einer Fläche von rund 2,4 Millionen Hektar

Die Erfolge für den Naturschutz im Great Bear Rainforest sind das Ergebnis von Jahrzehnten zähen Ringens. Die Region ist größer als die Schweiz, mit vielen wirtschaftlichen Aktivitäten und hat viele BewohnerInnen (First Nations und Zugewanderte), die mehrheitlich nicht in einem reinen Naturschutzgebiet leben wollen. Daher ist es umso erstaunlicher, dass so viel geschützt werden konnte – zumindest in Nordamerika ist mir kein besiedeltes Gebiet dieser Größe mit einem so hohen Anteil an Schutzgebieten und Schutzauflagen bekannt. Hinzu kommt die hohe Qualität des Naturschutzmodells. Schutzgebiete und Auflagen, die zum 1. Februar 2016 verbindlich verschärft wurden, erfassen prozentual ähnliche Anteile aller Waldökosysteme, wodurch sichergestellt ist, dass auch die Waldtypen, die besonders attraktiv für die Industrie sind, ausreichend geschützt sind. Die Behauptung von Pacific Wild, dass es sich bei den 15 Prozent des Waldes, in dem noch Einschlag möglich ist, um den "größten und besten" Urwald handeln würde, ist unhaltbar. Innerhalb der 15 Prozent des Waldes, in dem noch Einschlag möglich ist, ist rund die Hälfte ,low-elevation old-growth". Schutzgebiete und Auflagen schützen insbesondere die verbliebenen besonders produktiven und gefährdeten intakten Ökosysteme.

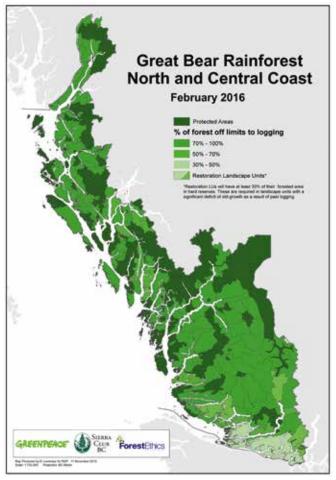
Hinzu kommen die Auflagen für Rote-Liste-Ökosysteme, Uferzonen, Artenschutz und viele andere ökologische und kulturelle Werte. Da Ecosystem-Based Management seit



2007 schrittweise eingeführt wurde, haben die Unternehmen inzwischen viel über die Anwendung von Prozentwerten für den zu schützenden Wald und andere Auflagen außerhalb von Schutzgebieten gelernt.

Es ist richtig, dass "Biodiversity Areas" (5 Prozent der Region) vor industrieller Forstwirtschaft, nicht aber vor allen industriellen Aktiviäten geschützt sind. Laut Verordnung dürfen solche Unternehmen aber nicht den Schutzzweck gefährden und bisher sind keine Vorschläge für solche Projekte in diesen Gebieten bekannt. Und sie würden sicher auf heftigen Protest stoßen. Etwa 80 Prozent der intakten älteren Wälder und Urwälder sind durch Schutzgebiete und Auflagen erfasst. Da von einzelnen Ökosystemen in der Vergangenheit aber schon sehr viel Urwald eingeschlagen wurde, war es auch sehr wichtig Sekundärwald zu schützen, damit diese Ökosysteme wieder einen höheren Urwaldanteil erreichen können. Insgesamt gibt es jetzt 144 Naturschutzgebiete mit einer Fläche von rund 2,4 Millionen Hektar, darunter viele vollständig geschützte Täler und Wasser-Einzugsgebiete mit Zehntausenden Hektar Fläche. Die Karte rechts zeigt einen Überblick über Schutzgebiete und prozentuale Anteile geschützten Waldes außerhalb der Schutzgebiete.

Umweltorganisationen und andere Akteure müssen auch in Zukunft hart arbeiten, damit es keine Rückschritte im Great Bear Rainforest gibt. Die größte Herausforderung für die Wälder British Columbias aber ist, dass die Provinzregierung insgesamt zu wenig für den Schutz der Wälder tut. Insbesondere der Regenwald auf Vancouver Island und auf dem südlichen Festland hat viel zu geringen Schutz. Sierra Club BC hat im Juli Informationen zum Holzeinschlag veröffentlicht http://sierraclub.bc.ca/ vancouver-island-old-growth-collapse/. Daraus geht hervor, dass Vancouver Island zwischen 2004 und 2015 weitere 100.000 Hektar Urwald verloren hat. Hier sind nur rund 15 Prozent der Wälder geschützt und es müssen dringend neue Schutzgebiete geschaffen werden. Eine kurze E-Mail an den zuständigen Minister Thomson (gerne auch in nicht perfektem Englisch), mit der Bitte, sich für mehr Naturschutzgebiete und



www.savethegreatbear.org//files/maps/GBR2016PAEBM.jpg

schonendere Waldbewirtschaftung in allen Teilen der Provinz einzusetzen, ist eine sehr gute Idee: FLNR.Minister@gov.bc.ca (am besten mit Kopie an den Oppositionsführer der sozialdemokratischen NDP, John Horgan oppositionleader@leg.bc.ca). Herzlichen Dank!

Jens Wieting, Sierra Club BC



Nummer 130/3.16

ROBIN WOOD-Magazin

Zeitschrift für Umweltschutz und Ökologie

Erscheinungsweise vierteljährlich

Redaktion:

Sabine Genz, Angelika Krumm, Annette Littmeier, Christian Offer, Regine Richter, Dr. Christiane Weitzel (V.i.S.d.P.). Verantwortlich für Layout, Satz, Fotos und Anzeigen ist die Redaktion.

Verlag:

ROBIN WOOD-Magazin Bundesgeschäftsstelle Bremer Straße 3, 21073 Hamburg Tel.: 040 380892-0. Fax: -14 magazin@robinwood.de

Jahresabonnement:

12,- Euro inkl. Versand. Der Bezug des Magazins ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. FörderInnen, die ab 50 € jährlich spenden, erhalten ein kostenloses Jahresabo. info@robinwood.de

Gesamtherstellung:

Nordbayerischer Kurier, Bogenoffsetdruck, Auflage: 8.000. Das ROBIN

WOOD-Magazin wird gedruckt mit mineralölfreien Farben auf 100 % Recyclingpapier mit dem Blauen Engel.

Titelhild:

Skizzomat/ Marie Emmermann

Spendenkonto:

ROBIN WOOD e.V., Sozialbank Hannover IBAN: DE 13 25120510 00084 555 00 BIC: BFS WDE 33 HAN



www.robinwood.de



Großartige Beteiligung, interessante Kritik, bemerkenswerte **Details und viel Zustimmung**

Der größte Erfolg unserer Meinungsumfrage ist die Beteiligung: mehr als 900 ausgefüllte Fragebögen! Mehr noch: Die Ränder vieler Fragebögen waren mit persönlichen Kommentaren versehen. Toll! Eine Auswahl dieser "Randnotizen" folgt auf den nächsten Seiten im FördererForum. Die kritischen Anmerkungen beweisen erneut das kritische Potenzial unserer Förderinnen und Förderer. Kritik war aber nicht der Grund für die große Beteiligung an der Umfrage. Tatsächlich gab es in fast allen Punkten mehr Zustimmung, als wir erwartet hatten! Besonders erfreulich: 150 (!) Menschen wollen regelmäßig unsere Informationen verteilen. Wir haben also in ganz kurzer Zeit 150 neue BotschafterInnen

gewonnen. Dies allein ist unbezahlbar! Sie wurden von Max, unserem praktischen Meinungsforscher, betreut. Und er ist von den Gesprächen begeistert! Wir haben inzwischen viele interessante Gespräche geführt. Viele Förderinnen und Förderer wünschen sich, dass wir im Gemenge der NGOs mehr auffallen, und, dass wir unsere Erfolge besser herausstellen – auch zum Motivieren und Mitfreuen

Für die meisten Medien sind nur schlechte Nachrichten "gute" Nachrichten und wir können sie nicht zwingen, über Positives wie den Schutz des Great Bear Rainforests zu berichten. Aber wir haben etwas zu bieten: Der neue digitale Bildband für Förderer und der neue Bildband für Interessierte liegen schon bereit!

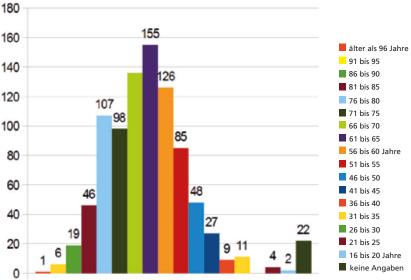
Kleine und große

Überraschungen

86 bis 90 126 81 bis 85

Was wir bisher nur ahnten, wissen wir jetzt genau: Fast alle Förderinnen und Förderer unterstützen mehrere Organisationen, einige sogar sehr viele! Deshalb können wir nicht erwarten, dass Alle immer alle Kampagnen unterstützen. Zumal viele nicht im Reichtum leben, sondern von einer Rente, die nicht üppiger wird. Damit sind wir schon beim nächsten, sehr

Altersverteilung



ROBIN WOOD Umfrage 2016



interessanten Punkt und einer großen Überraschung für die Jüngsten von uns: Die große Mehrheit unserer aktiven Förderinnen und Förderer ist zwischen 1931 und 1970 geboren. Dieses Ergebnis entspricht der Studie, bzw. dem Artikel in der ZEIT vom 03.02.2016 "Der Aufstand der Älteren – Die Alten sind aktiv, sogar die gestresste mittlere Generation protestiert. Wo bleiben die Jüngeren?"

Tatsächlich wird es auch für uns schwieriger, junge AktivistInnen zu finden, die bereit sind, sich den Herausforderungen unserer Aktionen zu stellen. Deshalb müssen wir neue Wege gehen und diese auch finanzieren, um junge Leute zu finden, die politisch interessiert, fit und mutig genug für diese Aufgabe sind.

Weniger überraschend, aber ein entscheidendes Ergebnis ist:

Die große Mehrheit findet Aktionen, Recherchen, Organisation und Information sehr wichtig. Bedeutend ist dieses Ergebnis, weil bekannte Medien behaupten, diese Aufgaben wären "Verwaltungskosten". In ihrer Vorstellungswelt gelten Aktionen vielleicht noch als "Projekt", aber der Rest ist "Verwaltung". Dass gute Aktionen auch gute Organisation brauchen und dass Umweltschutz ohne solide Recherchen und ohne gut informierte Förderinnen und Förderer gar nicht mehr möglich ist, haben selbst einige Chefredakteure offenbar noch nicht verstanden. Nicht unerwartet aber sehr erfreulich sind deshalb die deutlichen Antworten unserer Förderinnen und Förderer!

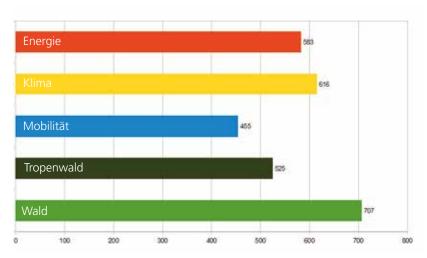
Überraschende Details

454 Befragte kennen unsere Jahresberichte noch nicht, obwohl nur 145 unser Magazin nicht kennen. Die Jahresberichte sind immer in der zweiten Magazin-Ausgabe des Jahres enthalten. Möglicherweise fällt der Jahresbericht im Magazin nicht ausreichend auf. Bemerkenswert: Der digitale Bildband ist bekannter als der E-Mail-Newsletter. Immerhin: 54 Bildbände wurde bestellt. 90 Mal das Magazin und 119 Mal der Newsletter.

Die Top-Themen

Bei der Frage, welches Thema am wichtigsten ist, gibt es interessante Bewe-

Ich interessiere mich am meisten für



gungen. Mobilität ist zwar sehr relevant für den Klimawandel und im Alltag konkret fassbar, aber trotzdem relativ abstrakt. Es belegt Platz 5. Tropenwald war immer das Thema. für das am meisten gespendet wurde. In dieser Umfrage ist Tropenwald auf Platz 4! Von Energie überholt, obwohl Energie sehr abstrakt und schwer zu vermitteln ist. Auf Platz 1 ist jetzt Wald. Erstaunlicher das Thema, das wir jetzt erstmals abgefragt haben. Von Null auf Platz zwei springt Klimawandel.

Sehr erfreulich und beruhigend

Die große, große Mehrheit unterstützt ROBIN WOOD aus Überzeugung und fühlt sich gut betreut. Das ist die Grundlage für alle aktuellen und alle kommenden Herausforderungen, für die Rückschläge, die wir verkraften müssen und für unsere Erfolge.

Hier eine Auswahl Ihrer Antworten:

Ihren Brief fand ich sehr ansprechend!!! Er hat bei mir jedenfalls bewirkt, dass ich mich noch einmal für eine Spende entschlossen habe. Aus meinem Alter können Sie ersehen, dass ich im Ruhestand bin. Ich habe weniger Geld und engagiere mich selbst in der Politik (Ehrenamt) und in einem Verein für Senioren. Da meine finanziellen Ressourcen nicht mehr so üppig sind, muss ich Schwerpunkte setzen. Es stimmt, ich habe Sie vernachlässigt, aber nicht, weil ich Sie nicht schätze!

Wenn ich nicht genug spende, können Sie mich auch streichen. Frau Weitzels Brief vom 22.4. ist sehr unhöflich, für die ältere Generation nicht geeignet.

Liebe Frau Dr. Weitzel,

Ihr Brief vom 22.04.2016, in dem es um Unterstützung von Robin Wood geht, hat mir im Stil so gut gefallen, dass ich Ihnen eine Antwort schicken möchte

Was meine Spendenbereitschaft angeht, so unterstütze ich – teilweise regelmäßig, teilweise sporadisch – insgesamt sage und schreibe 19 soziale "Adressen", von einer persönlichen "Patenschaft auf Entfernung" (Kroatien, alleinerziehende Mutter zweier Kinder) über ein SOS-Kinderdorf. Ärzte ohne Grenzen, DAHW und Friedensinitiativen (Fian, Forum ZED) bis Greenpeace, BUND, WWF, foodwatch und und und... um nur einige zu nennen. Bei 10 % meines zu versteuernden Einkommens (pensionierter "Volksschullehrer") habe ich mein Spendenlimit gesetzt... Ich weiß nicht, was besser ist, eine "Zersplitterung" der Hilfe – oder ein bis drei Schwerpunktsetzungen...

Auch zur Frage der vielen "kleinen" Organisationen habe ich auch noch keine eindeutige Meinung. Aber wäre es nicht effektiver, sich zusammenzuschließen und gebündelt aufzutreten? Möglicherweise könnten etliche Themen intensiver und "preisgünstiger" erarbeitet werden unter einem Namen? Mich erreichen manchmal Petitionsbitten zur gleichen



Sache von verschiedenen Organisationen, aber meine Stimme zählt letztendlich nur einmal, wenn man aufrichtig ist. (...) Und noch eins sollten wir immer im Hinterkopf wissen: Das eigene gute Vorbild überzeugt und bewirkt m.E. meist mehr als Sonntagsreden, auch wenn ein langer Atem nötig ist... In diesem Sinne wünsche ich Ihnen und dem Robin Wood-Team viel Erfolg!

Frage 6+7 finde ich etwas albern! Welcher vernünftige Mensch muss da nicht 10 ankreuzen?! Die Post und der dramatisch-drängende Stil ist mir oft zu viel. Ich habe vor vielen Jahren mit Herrn Fenner darüber gesprochen, der mir sagte, viele Leute reagierten nur so, würden nur auf "Zuruf" spenden. Ich fühle mich eher bedrängt, was Widerwillen weckt. Aber da mir Ihre Organisation so wichtig ist, ich Ihre Arbeit so hoch wertschätze, lasse ich den dauernden "Beschuss" über mich ergehen, lese die Aufrufe auch und sammle oft zahlreiche Unterschriften...

Anmerkung zur Sache

Für Menschen wie Sie, die sich mit unserer Arbeit auskennen, sind die Fragen 6 (Ich finde gute Organisation sehr wichtig) und 7 (Ich finde gute Informationen sehr wichtig) etwas albern. Aber die Medien suggerieren ständig, dass Organisation und Information unnütze Verwaltung sind. Deshalb sind diese

Fragen leider nicht so albern, wie sie scheinen.

Der "dramatisch-drängende Stil" ist im Verhältnis zu den Problemen relativ sachlich. Wenn wir sie emotionslos beschreiben und nur einmal im Jahr informieren würden, könnten wir nur eine halbe Kampagne pro Jahr realisieren.

Hallo zusammen, ich möchte nicht mehr Informationen erhalten! Ich finde es so, wie es ist, für mich völlig ausreichend. Meine Zeit + Kapazitäten sind leider sehr begrenzt. Ich finde Ihre Arbeit sehr gut und wichtig, kann Ihnen aber leider auch nicht helfen, mehr Spender zu finden oder die Frage nach den Ursachen beantworten.

Wenn ihr Förderer gewinnen wollt, müsst ihr nicht noch mehr Bettelbriefe schreiben. Ein Förderer will auch sehen, was gemacht wird mit seinem Geld, und nicht Personalstellen und Organisationserhalt, sondern aktiver Umweltschutz, großangelegte Kampagnen fahren, Aktionen machen, in der Öffentlichkeit stehen und sich ins Gespräch bringen, praktisch anpacken und was bewirken. Wenn was "läuft", kommen die Förderer ganz von alleine.

Anmerkung zur Sache

1. Eine Grunderkenntnis fast aller NGOs auf der Welt ist: Förderinnen und Förderer kommen nicht von alleine.

- 2. FörderInnen wollen wissen, was mit ihren Spenden gemacht wird. Also wollen sie Informationen. (Betteln bedeutet, nach Geld für den persönlichen Bedarf zu fragen. Wir fragen, um gemeinsame Ziele zu erreichen.)
- 3. Großangelegte Kampagnen, Öffentlichkeitsarbeit etc. sind ohne Fachpersonal und gute Organisation nahezu unmöglich.

Ich finde es gut, dass Sie keinen Werbekram auf Kosten unserer Spendengelder versenden (z.B. Adressaufkleber o.ä.).

Meine Meinung: Ich finde es wichtig, dass es Robin Wood gibt – Sie haben schon viel erreicht! Leider kann ich Sie nicht regelmäßig unterstützen. Habe eigene Kinderhilfsprojekte in Venezuela.

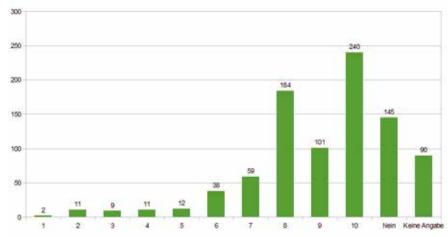
Nicht verzetteln: 1 Thema intensiv betreuen, sich mit WWF, Greenpeace, Rettet den Regenwald, NABU und anderen an einen Tisch setzen und Aufgaben verteilen, z.B. einer für Energie, einer für Umwelt, einer für Tropenwald, einer für Dritte Welt-Bevölkerung usw.: Jede Organisation könnte Personal einsparen und ihr Thema viel intensiver als bisher bearbeiten.

Anmerkung zur Sache

Die Tatsache, dass sich in den letzten Jahrzehnten mehrere, unabhängige Natur- und Umweltschutz-Organisationen entwickelt haben, ist kein Nachteil, denn sie haben unterschiedliche Stärken entwickelt. Und sie arbeiten häufig zusammen.

Liebe Frau Dr. Weitzel! Sie haben mir einen Fragebogen zugeschickt. Entschuldigen Sie bitte, wenn ich nicht darauf antworte. Eigentlich finde ich alles gut, was Sie machen. Aber leider kann ich mich nicht mehr so engagieren, wie ich möchte, weil ich alt und ziemlich krank bin. Und die Rente ist auch etwas mickrig. Ca. 50 Jahre habe ich mich sehr engagiert. Bin nachts durch die Straßen geschlichen und

Ich kenne das Magazin und finde es gut



ROBIN WOOD Umfrage 2016



habe Flugblätter in die Briefkästen verteilt. Habe mich auch mit Bekannten rumgestritten, wenn ich mich gegen Atomkraftwerke, Tierversuche, Massentierhaltung usw. äußerte. Aber jetzt kann ich nicht mehr und muss leider ein alter Stoffel sein. Trotzdem wünsche ich Ihnen und Robin Wood alles. alles Gute und dass es wieder aufwärts geht.

zu 10) Infos super. Leider zu viel Fließtext schreckt ab. So viel will man dann doch nicht lesen....

Bitte Text auflockern, Absätze und , Bilder nicht so statisch, "Jünger", vielleicht unkonventioneller, bisschen "Streetartmäßiger". Ergab Test im Bekanntenkreis! Gerade noch nicht engagierte Leute müssen optisch gelockt werden. Leute sind Hardcore-Werbung gewöhnt.

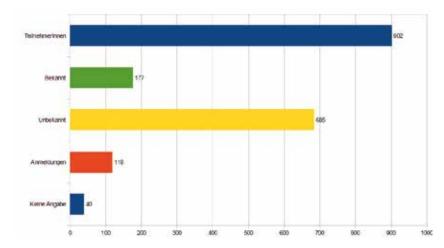
Zu 12) siehe 10) – Der lange, optisch nicht lockende Text schreckt ab. Sehr guten Newsletter macht die Albert Schweitzer Stiftung. Diese Kritik betrifft (nur) die Form, der Inhalt ist super. Ich weiß das klingt oberflächlich, aber z.B. Arbeitskollegen wollten sich das nicht mal angucken

Sorry für die Kritik. Ihr seid super + leistet tolle Arbeit. Die Kritik soll konstruktiv sein, nicht demotivierend!

Sehr geehrte Frau Dr. Weitzel, besten Dank für Ihre Schreiben vom 21 /22 04 2016 Da haben Sie sich sehr viel vorgenommen, und ich wünsche Ihnen, dass Sie viel Erfolg haben. Ich persönlich kann Sie leider nicht unterstützen. Ich lebe seit 2 Jahren in einer betreuten Seniorenwohnanlage, bin bald 85 Jahre alt und muss zusehen, dass ich mit meinen Ersparnissen zurechtkomme. Ich werde aber Ihre Schreiben an junge Bekannte weitergeben.

Sehr geehrte Frau Dr. Weitzel, haben Ihren Brief vom 22.4.16 erhalten, verzeihen Sie mir, aber ich mag diese Art der Fragebögen nicht. Daher versuche ich, das mal kurz auf meine Weise. Ja, mich interessieren die Klimaentwicklungen und deren Beeinflussungen durch Energieverbrauch und Mobilität. Am

E-Mail-Newsletter



ROBIN WOOD Umfrage 2016

liebsten wäre mir auch, wenn alle Wälder erhalten blieben, wäre ich sonst Mitglied bei R.W. und bei ähnlichen gemeinnützigen Organisationen? Ich finde die meisten Ihrer Aktionen gut, weil "steter Tropfen höhlt den Stein", aber ich erwarte keine Wunder. Dass der Laden gut organisiert sein muss, ist eine Überlebensfrage für den Verein. Information ist gut, soweit sie nicht inflationär wird. Besonders die jüngere Generation wird mit Informationen, besonders elektronischer Art, förmlich überflutet und trotzdem wissen sie oft "nix"! Schwieriges Thema, aber leider sind Viele für die Themen kaum zu sensibilisieren. (...) Unsere Gesellschaft könnte es langfristig erreichen, alle Energie aus erneuerbaren Quellen zu beziehen, wenn wir es wirklich wollen. Ich befürchte nur, der Rest der Welt wird uns einen Strich durch die Rechnung machen. Bleibt man da Optimist? Ich bin Jahrgang 1952 und habe leider schon manche frustrierenden Kenntnisse erworben

Gerne würde ich Sie und Andere in Ihrer Arbeit stärker finanziell unterstützen, geht aber vorläufig beim

besten Willen nicht. Trotzdem weiter viel Erfolg und mit freundlichen Grüßen

Wofür werden die Daten des Fragebogens (wenn nicht für Werbezwecke?) gebraucht?

Anmerkung zur Sache

- 1. Niemand außer uns wird jemals Zugriff auf persönliche Daten des Fragebogens haben.
- 2. Es ist nahezu unmöglich, Menschen zu überzeugen, die man nicht versteht. Um Menschen zu verstehen, muss man fragen und hinhören.
- 3. Ohne die Meinung der Förderinnen und Förderer zu kennen, kann sich eine NGO nicht positiv weiterentwickeln.

Das Wort Bildungsabschuss hat mich sehr erheitert ... liebe Grüße

Anmerkung zur Sache **UNS AUCH!**

Herzlichen Dank für Ihre Anmerkungen und Kommentare! Da wir nicht davon ausgehen können, dass Sie diese ungefragt in dieser Ausgabe finden möchten, haben wir Ihre Zuschriften ohne Namen veröffentlicht.

Ich freue mich über Post von Ihnen! Ihre Christiane Weitzel

magazin@robinwood.de ROBIN WOOD, Bundesgeschäftsstelle, Bremer Str. 3, 21073 Hamburg



ROBIN WOOD Rächer der Becher!

Waldschutz statt Wegwerfbecher

10 Milliarden Wegwerfbecher pro Jahr sind 10 Milliarden Wegwerfbecher zu viel!

Mit einem einzigen Rächerbecher zum Selbstkostenpreis können

viele, viele, viele Wegwerfbecher ersetzt werden.

Unterstützen Sie Rächerbecher auf Seite 17!



www.robinwood.de